

zda

Zentrum für
Demokratie
Aarau

Centre for Research on Direct Democracy c2d | UZH
Allgemeine Demokratieforschung | UZH
Politische Bildung und Geschichtsdidaktik | PH FHNW

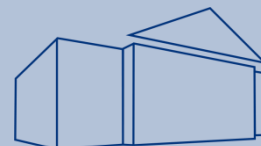
Marine Benli-Trichet, Daniel Kübler, Nenad Stojanović

Künstliche Intelligenz: Auswirkungen und Folgen für die Mehrsprachigkeit in der Schweizerischen Bundesverwaltung

**Pilotstudie im Auftrag der Delegierten des Bundes für
Mehrsprachigkeit**

Studienbericht des Zentrums für Demokratie Aarau, Nr. 34.
Februar 2026

www.zdaarau.ch



Informationen zum Projekt

Auftraggeberin des Projekts

Delegierte des Bundes für Mehrsprachigkeit

Projektdauer:

Juli 2025 bis Februar 2026

Zitiervorschlag:

Benli-Trichet, Marine; Kübler, Daniel; Stojanović, Nenad (2026). *Künstliche Intelligenz: Auswirkungen und Folgen für die Mehrsprachigkeit in der Schweizerischen Bundesverwaltung*, Schlussbericht. Studienbericht des Zentrums für Demokratie Aarau Nr. 34.

Impressum

Publikationsreihe des Zentrums für Demokratie Aarau (ZDA)
Herausgegeben von Andreas Glaser, Daniel Kübler und Monika Waldis

ISBN-Nr. 978-3-906918-50-1

Bezugsadresse:
Zentrum für Demokratie Aarau (ZDA)
Villa Blumenhalde, Küttigerstrasse 21
CH-5000 Aarau
Telefon +41 62 836 94 44
E-Mail info@zdaarau.ch
www.zdaarau.ch

© 2026 bei den Autoren

Danksagung

Die Autoren möchten allen Personen ihren Dank aussprechen, die zu dieser Pilotstudie beigetragen, ihr Fachwissen eingebracht sowie bei der Durchsicht, Kommentierung und Übersetzung unterstützt haben. Ihr besonderer Dank gilt allen Teilnehmenden der Fokusgruppen-Gespräche.

Remerciements

Les auteurs tiennent à exprimer leur reconnaissance à toutes les personnes ayant contribué à cette étude-pilote, en apportant leur expertise et/ou en participant à la relecture, aux révisions et à la traduction. Ils adressent un remerciement tout particulier à l'ensemble des participant·e·s aux tables rondes.

Ringraziamenti

Gli autori desiderano esprimere la loro gratitudine a tutte le persone che hanno contribuito a questo studio pilota, mettendo a disposizione le proprie competenze e/o contribuendo alla rilettura, alla revisione e alla traduzione. Un ringraziamento particolare va a tutte le partecipanti e tutti i partecipanti alle tavole rotonde.

Inhaltsverzeichnis

| | |
|--|-----------|
| Zusammenfassung | 5 |
| Résumé | 7 |
| Riassunto..... | 9 |
| Resumaziun..... | 11 |
| 1. Einleitung..... | 13 |
| 2. Analytischer Rahmen und methodischer Ansatz..... | 14 |
| 3. KI in der modernen öffentlichen Verwaltung: zwischen Risiken und Chancen..... | 17 |
| 4. Operative Auswirkungen der KI auf die Mehrsprachigkeit in der Bundesverwaltung | 19 |
| 4.1 Entwicklung vielsprachiger Inhalte im KI-Zeitalter | 20 |
| 4.2 Entwicklung von Sprachpraktiken im KI-Zeitalter | 23 |
| 5. Institutionelle Auswirkungen der KI auf die Mehrsprachigkeit in der Bundesverwaltung | 25 |
| 5.1 Entwicklung der strategischen Steuerung im KI-Zeitalter | 26 |
| 5.2 Entwicklung des Personalmanagements und des Managements sprachlicher Ressourcen im KI-Zeitalter..... | 29 |
| 6. Normative Auswirkungen der KI auf die Mehrsprachigkeit in der Bundesverwaltung | 32 |
| 6.1 Entwicklung des Verhältnisses zur Sprache im KI-Zeitalter | 32 |
| 6.2 Entwicklung der öffentlichen Zielsetzungen im KI-Zeitalter | 35 |
| 7. Fazit..... | 37 |
| 8. Empfehlungen | 41 |
| Literatur | 44 |

Zusammenfassung

Künstliche Intelligenz (KI), insbesondere die Technologien der maschinellen Übersetzung und des computergestützten Dolmetschens, führen zu einem rapiden Wandel der Kommunikation innerhalb öffentlicher und privater Organisationen. In der Schweizerischen Bundesverwaltung haben diese Tools bereits Einzug in die tägliche Arbeitspraxis gehalten und verändern nach und nach die Erstellung mehrsprachiger Inhalte, ohne dass das Ausmass dieser Veränderungen bereits vollständig absehbar ist. In einem Land, in dem sprachliche Vielfalt ein grundlegendes Merkmal der nationalen Identität und die Mehrsprachigkeit eine wichtige Triebfeder für den Zusammenhalt ist, werfen diese Entwicklungen jedoch zentrale Fragen hinsichtlich der Sprachpolitik im KI-Zeitalter auf.

Die vorliegende Pilotstudie wurde von der Delegierten des Bundes für Mehrsprachigkeit in Auftrag gegeben und vom Zentrum für Demokratie Aarau (ZDA) an der Universität Zürich durchgeführt. Ziel ist es, die Auswirkungen der linguistischen KI auf die Mehrsprachigkeit in der Bundesverwaltung zu analysieren. Die Studie verfolgt einen explorativen Ansatz. Sie kombiniert eine Auswertung der Fachliteratur, eine Dokumentenanalyse sowie die Ergebnisse von zwei Fokusgruppen-Gesprächen mit Vertreterinnen und Vertretern der Bundesverwaltung. Die Studie basiert auf einem dreistufigen analytischen Rahmen (organisatorisch, institutionell und normativ), mit dem die neu entstehenden Dynamiken im Zusammenhang mit der Einbindung linguistischer KI identifiziert und deren potenzielle mittel- und langfristige Auswirkungen auf die Mehrsprachigkeitspolitik bewertet werden sollen.

Auf organisatorischer Ebene zeigt die Studie, dass linguistische KI den Gebrauch von Minderheitensprachen in der internen Kommunikation erleichtert. Französischsprachige und italienischsprachige Mitarbeitende können dank der Übersetzungstools leichter in ihrer jeweiligen Sprache arbeiten und dabei sicher sein, dass sie verstanden werden. Allerdings sind die Leistungen dieser Technologien je nach Landessprache noch unausgewogen: Vor allem Rätoromanisch, aber auch Italienisch, und in geringerem Mass Französisch sind aufgrund des geringeren Volumens an Trainingsdaten weniger gut abgedeckt als Deutsch. Diese technologische Asymmetrie kann zu neuen Formen der Ungleichheit führen, da für bestimmte Sprachen zuverlässigere Übersetzungen zur Verfügung stehen als für andere, was dazu führt, dass diese Sprachen im Rahmen der übersetzten Kommunikation häufiger als Referenzsprachen verwendet werden. Darüber hinaus geht der weitverbreitete Einsatz von KI mit einer Verlagerung der eingesetzten Sprachkompetenzen einher: weg von aktiven Kompetenzen hin zu Überprüfungs- und Post-Editing-Aktivitäten. So zeigt die Studie, dass ein neues, aber häufig unbeachtetes sprachliches Tätigkeitsfeld entsteht: die Qualitätskontrolle automatisch generierter Übersetzungen. Damit einher geht die Gefahr des allmählichen Verlernens der anderen Erstsprachen, insbesondere bei jüngeren Mitarbeitenden. Auf institutioneller Ebene kann linguistische KI zwar bestimmte sprachliche Barrieren beim Eintritt in die Bundesverwaltung abbauen und so den Pool der Bewerberinnen und Bewerber erweitern. Gleichzeitig ermöglicht sie jedoch auch eine weitgehend einsprachige Arbeitsweise in den Verwaltungseinheiten, da Übersetzungstools mangelnde Sprachkenntnisse der Mitarbeitenden kompensieren. Diese Entwicklung zeigt eine zunehmende Diskrepanz zwischen den formalen

Anforderungen im Hinblick auf die Mehrsprachigkeit aus Zeiten vor der Entwicklung der KI und der Realität: einerseits wird die Beherrschung verschiedener Amtssprachen durch den Menschen vorausgesetzt, andererseits werden einsprachige Arbeitspraktiken durch die neue Technologie unterstützt und vereinfacht. In Bereichen, in denen Sprachkenntnisse bisher eine zentrale Grundlage der täglichen Zusammenarbeit bildeten, ermöglicht die KI heute ein funktionales Arbeiten, ohne dass die Beteiligten eine gemeinsame Sprache sprechen müssen. In Ermangelung einer expliziten Verknüpfung zwischen den Strategien der digitalen Transformation und den Anforderungen im Bereich der Mehrsprachigkeit besteht die Gefahr, dass Sprache zunehmend in erster Linie als Kommunikationsmittel und weniger als grundlegendes Prinzip der Arbeitspraktiken und der Beziehungen zwischen Sprachgemeinschaften innerhalb der Bundesverwaltung eingesetzt wird.

Schliesslich hebt die Studie hervor, dass der Einsatz linguistischer KI das Verhältnis zur Sprache innerhalb der Bundesverwaltung im weiteren Sinne in Frage stellt. Zwar erleichtern die Tools den Austausch zwischen Mitarbeitenden verschiedener Sprachgemeinschaften, doch sie tendieren auch zur Vereinheitlichung der Ausdrucksformen. Den Landessprachen eigene regionale und kulturelle Besonderheiten werden weniger sichtbar oder verschwinden sogar ganz in maschinellen Übersetzungen. Diese Herausforderungen sind umso gravierender, als die genutzten linguistischen KI-Tools mehrheitlich auf Technologien beruhen, die ausserhalb der Schweiz entwickelt und von dort aus kontrolliert werden. Die Abhängigkeit von externen Lösungen wirft Fragen der technologischen Unabhängigkeit auf, insbesondere im Hinblick auf die Kontrolle der technischen Entscheidungen, die Qualität der Übersetzungen und die Berücksichtigung nationaler sprachlicher Besonderheiten. Diese Entwicklungen schaffen weiterreichende Herausforderungen hinsichtlich des nationalen Zusammenhalts und des gegenseitigen Verständnisses zwischen den Sprachgemeinschaften, welche die Frage aufwerfen, welche Rolle der Bund bei der Steuerung der Mehrsprachigkeit im KI-Zeitalter übernehmen will.

Auf der Grundlage dieser Ergebnisse kommt die Pilotstudie zu folgenden Empfehlungen:

- Festlegung eines Rahmens für die Interaktion zwischen KI, sprachlichen Anforderungen und Recht;
- Gewährleistung einer ausgewogenen sprachlichen Abdeckung der KI-Tools innerhalb der Bundesverwaltung;
- Verstärkte sprachliche und kulturelle Sensibilisierung des mittleren Kaders;
- Sicherstellung einer regelmässigen Aktualisierung der Analyse zu den Auswirkungen linguistischer KI auf die Mehrsprachigkeit in der Bundesverwaltung;
- Erwägung einer umfassenderen Studie zu den gesellschaftlichen Auswirkungen linguistischer KI auf die Mehrsprachigkeit in der Schweiz.

Résumé

L'intelligence artificielle (IA), en particulier les technologies de traduction automatique et d'interprétation assistée, transforme rapidement les modes de communication au sein des organisations publiques et privées. Dans l'administration fédérale suisse, ces outils se sont diffusés dans les pratiques de travail quotidiennes et reconfigurent progressivement la production de contenus multilingues, sans que l'on ne mesure encore pleinement l'ampleur de ces mutations. Or dans un pays où la diversité linguistique est une caractéristique fondatrice de l'identité nationale et le plurilinguisme un ressort majeur de cohésion, ces évolutions soulèvent des questions centrales quant à l'avenir de la politique linguistique à l'ère de l'IA.

Mandatée par la Déléguée fédérale au plurilinguisme, cette étude-pilote menée par le Centre d'études sur la démocratie d'Aarau (ZDA) de l'Université de Zurich analyse les effets de l'IA linguistique sur le plurilinguisme au sein de l'administration fédérale. L'étude adopte une approche exploratoire combinant une revue de la littérature, une analyse documentaire et les résultats de deux tables rondes réunissant des acteur·ice·s clés de l'administration fédérale. Elle s'appuie sur un cadre analytique à trois niveaux (organisationnel, institutionnel et normatif) pour identifier les dynamiques émergentes liées à l'intégration de l'IA linguistique et en apprécier les implications potentielles à moyen et à long terme pour la politique du plurilinguisme.

Sur le plan organisationnel, l'étude montre que l'IA linguistique facilite l'usage des langues minoritaires dans les échanges internes. Les collaborateur·ice·s francophones et italophones peuvent plus facilement travailler dans leur langue, avec l'assurance d'être compris grâce aux outils de traduction. Toutefois, les performances de ces technologies restent inégales selon les langues nationales. Le romanche en particulier, mais aussi l'italien et, dans une moindre mesure, le français, sont moins bien couverts que l'allemand en raison du volume plus faible de données d'entraînement. Cette asymétrie technologique peut créer de nouvelles formes d'inégalité, certaines langues bénéficiant de traductions plus fiables que d'autres et tendant, de ce fait, à être davantage utilisées comme langues de référence dans les échanges traduits. Par ailleurs, l'usage généralisé de l'IA s'accompagne d'un déplacement des compétences linguistiques mobilisées, des compétences actives vers des activités de vérification et de post-édition. L'étude met ainsi en évidence l'émergence d'un travail linguistique souvent invisible de contrôle de qualité des traductions générées automatiquement, ainsi qu'un risque de désapprentissage progressif des autres langues, en particulier chez les collaborateur·ice·s plus jeunes.

Au niveau institutionnel, l'IA linguistique peut lever certaines barrières linguistiques à l'entrée dans l'administration fédérale et élargir le vivier de recrutement, mais elle rend aussi possible un fonctionnement plus largement monolingue des unités administratives, les outils de traduction compensant l'absence de compétences linguistiques humaines. Cette évolution met en lumière un décalage croissant entre les exigences formelles en matière de plurilinguisme, héritées d'un contexte pré-IA et fondées sur la maîtrise humaine des langues nationales, et des pratiques de travail désormais largement assistées par la technologie. Là où la connaissance des

langues constituait jusqu'ici un socle central de la coopération quotidienne, l'IA permet aujourd'hui de travailler de manière fonctionnelle sans partage direct d'une langue commune. En l'absence d'une articulation explicite entre les stratégies de transformation numérique et les exigences en matière de plurilinguisme, la langue risque d'être de plus en plus mobilisée avant tout comme un outil de communication et moins comme un principe fondateur des pratiques de travail et des relations entre communautés linguistiques au sein de l'administration fédérale.

Enfin, l'étude souligne que le déploiement de l'IA linguistique interroge plus largement le rapport à la langue au sein de l'administration fédérale. Si ces outils facilitent les échanges entre collaborateurs de différentes communautés linguistiques, ils tendent aussi à uniformiser les formes d'expression. Les particularités régionales et culturelles propres aux langues nationales deviennent moins visibles, voire s'effacent dans les traductions automatisées. Ces enjeux se posent d'autant plus fortement que les outils d'IA linguistique utilisés reposent majoritairement sur des technologies développées et contrôlées hors de Suisse. La dépendance à des solutions externes soulève ainsi des questions de souveraineté technologique, notamment en matière de maîtrise des choix techniques, de qualité des traductions et de prise en compte des spécificités linguistiques nationales. Derrière ces évolutions se jouent des enjeux plus larges de cohésion nationale et de compréhension mutuelle entre communautés linguistiques qui interrogent le rôle que la Confédération entend assumer dans la gouvernance du plurilinguisme à l'ère de l'IA.

Sur la base de ces résultats, l'étude-pilote formule les recommandations suivantes :

- Définir un cadre d'interaction entre IA, exigences linguistiques et droit ;
- Garantir une couverture linguistique équitable des outils d'IA au sein de l'administration fédérale ;
- Renforcer la sensibilisation linguistique et culturelle des cadres intermédiaires ;
- Assurer une actualisation périodique de l'analyse des effets de l'IA linguistique sur le plurilinguisme dans l'administration fédérale ;
- Envisager la réalisation d'une étude plus large sur les implications sociétales de l'IA linguistique pour le plurilinguisme en Suisse.

Riassunto

L'intelligenza artificiale (IA), in particolare le tecnologie di traduzione automatica e di interpretazione assistita, sta trasformando rapidamente le modalità di comunicazione all'interno delle organizzazioni sia pubbliche che private. Nell'Amministrazione federale svizzera questi strumenti si sono diffusi nelle pratiche lavorative quotidiane e stanno progressivamente ridefinendo la produzione dei contenuti multilingui, senza che vi sia ancora piena consapevolezza della portata di queste evoluzioni. In un Paese in cui la diversità linguistica costituisce un tratto fondante dell'identità nazionale e il plurilinguismo è un importante vettore di coesione, questi sviluppi sollevano interrogativi fondamentali sul futuro della politica linguistica nell'era dell'IA.

Il presente studio pilota, condotto dal Centro studi sulla democrazia di Aarau all'Università di Zurigo su incarico della Delegata federale al plurilinguismo, esamina gli effetti dell'IA linguistica sul plurilinguismo nell'Amministrazione federale. Lo studio adotta un approccio esplorativo combinando una rassegna della letteratura, un'analisi di documenti e gli esiti di due tavole rotonde che hanno riunito attori chiave dell'Amministrazione federale. Si fonda su un quadro analitico articolato su tre livelli (organizzativo, istituzionale e normativo) per individuare le dinamiche emergenti legate all'integrazione dell'IA linguistica e valutarne le implicazioni potenziali a medio e lungo termine per la politica del plurilinguismo.

A livello organizzativo, lo studio mostra che l'IA linguistica facilita l'utilizzo delle lingue minoritarie negli scambi interni. I collaboratori francofoni e italofofoni possono lavorare più facilmente nella propria lingua, con la certezza di essere compresi grazie agli strumenti di traduzione. Tuttavia, queste tecnologie offrono prestazioni variabili a seconda delle lingue nazionali: soprattutto il romancio, ma anche l'italiano e in parte persino il francese hanno una copertura più limitata rispetto al tedesco a causa del minor volume di dati di addestramento disponibile. Quest'asimmetria tecnologica può creare nuove forme di disegualianza, in cui alcune lingue beneficiano di traduzioni più affidabili e tendono pertanto a essere maggiormente utilizzate come lingue di riferimento negli scambi tradotti. Inoltre, l'utilizzo generalizzato dell'IA si accompagna a un riorientamento delle competenze linguistiche impegnate, da capacità attive ad attività di verifica e «post-editing». Lo studio mette infatti in evidenza l'emergere di un nuovo ambito di lavoro linguistico, spesso trascurato: il controllo della qualità delle traduzioni generate automaticamente. Ciò comporta anche il rischio di una graduale perdita delle competenze linguistiche, in particolare tra i collaboratori più giovani.

A livello istituzionale, l'IA linguistica può ridurre alcune barriere linguistiche all'ingresso e il bacino di reclutamento nell'Amministrazione federale. Al tempo stesso, tuttavia, rende anche possibile che le unità amministrative lavorino in maniera per lo più monolingue, in cui gli strumenti di traduzione compensano l'assenza di competenze linguistiche umane. Quest'evoluzione evidenzia un divario crescente tra i requisiti formali in materia di plurilinguismo, ereditati da un contesto pre-IA e fondati sulla padronanza personale delle lingue ufficiali, e pratiche lavorative ormai ampiamente assistite dalla tecnologia. Mentre finora la conoscenza delle lingue costituiva un fondamento della cooperazione quotidiana, adesso l'IA consente di lavorare in modo funzionale senza la necessità di condividere

direttamente una lingua comune. In assenza di un esplicito coordinamento tra le strategie di trasformazione digitale e i requisiti in materia di plurilinguismo, la lingua rischia di essere utilizzata sempre più come semplice strumento di comunicazione e sempre meno come principio fondamentale delle pratiche lavorative e delle relazioni tra le comunità linguistiche nell'Amministrazione federale.

Infine, lo studio mette in luce come l'introduzione dell'IA linguistica apra interrogativi più ampi sul rapporto con la lingua all'interno dell'Amministrazione federale. Se da un lato questi strumenti facilitano gli scambi tra i collaboratori delle diverse comunità linguistiche, dall'altro tendono anche a uniformare le forme d'espressione. Le particolarità regionali e culturali proprie delle lingue nazionali diventano meno visibili o scompaiono del tutto nelle traduzioni automatiche. Queste problematiche risultano ancora più rilevanti poiché gli strumenti di IA linguistica oggi in uso si basano prevalentemente su tecnologie sviluppate e controllate al di fuori della Svizzera. La dipendenza da soluzioni esterne pone infatti questioni di sovranità tecnologica, in particolare per quanto concerne il controllo delle scelte tecniche, la qualità delle traduzioni e la considerazione delle specificità linguistiche nazionali. Dietro queste evoluzioni si profilano questioni più ampie di coesione nazionale e comprensione reciproca tra le comunità linguistiche che chiamano in causa il ruolo che la Confederazione intende assumere nella governance del plurilinguismo nell'era dell'IA.

Alla luce di tali evidenze, lo studio pilota formula le seguenti raccomandazioni:

- definire un quadro di interazione tra IA, requisiti linguistici e diritto;
- garantire una copertura linguistica equa degli strumenti di IA nell'Amministrazione federale;
- rafforzare l'esposizione linguistica e culturale dei quadri intermedi;
- assicurare l'aggiornamento periodico dell'analisi degli effetti dell'IA linguistica sul plurilinguismo nell'Amministrazione federale;
- prevedere la realizzazione di uno studio più ampio sulle implicazioni sociali dell'IA linguistica per il plurilinguismo in Svizzera.

Resumaziun

L'intelligenza artificziala (IA), surtut las tecnologias per la translaziun automatica e l'interpretaziun computerisada, transfurma svelts las modas da communitgar entaifer las organisaziuns publicas e privatas. En l'administraziun federala svizra èn quests instruments s'establids en las praticas da lavur dal mintgadi e dattan pass per pass ina nova furma a la creaziun da cuntegns plurilings. I n'è dentant anc betg pussaivel da valitar cumplainamain la dimensiun da questas midadas. En in pajais, nua che la diversidad linguistica è ina caratteristica fundamentala da l'identitad naziunala e nua che la plurilinguitad è in factur impurtant per la coesiun, sveglian quests svilups dumondas centralas davart l'avegnir da la politica linguistica en l'èra da la IA.

Quest studi da pilot, ch'è vegnì elavurà dal Center per democrazia Aarau (ZDA) da l'Universitad da Turitg per incumbensa da la delegada federala per la plurilinguitad analysescha ils effects da la IA linguistica sin la plurilinguitad entaifer l'administraziun federala. Il studi applitgescha ina metoda esplorativa che cumbinescha in'analisa da la litteratura, in'analisa da documents ed ils resultats da duas maisas radundas cun acturas ed acturs impurtants da l'administraziun federala. El sa basa sin in rom analitic cun trais stgalims (organisatoric, instituziunal e normativ) per identifitgar las dinamicas che sa mussan en connex cun l'integraziun da la IA linguistica, e per valitar ils effects potenzials per la politica da la plurilinguitad a media ed a lunga vista.

Sin plaun organisatoric mussa il studi che la IA linguistica facilitescha il diever da linguas minoritaras en il barat intern. Las collavuraturas ed ils collavuratur francofons ed italo-fons pon lavurar pli facilmain en lur lingua, perquai ch'els pon esser segirs da vegnir encletgs grazia als instruments da translaziun. Las prestaziuns da questas tecnologias varieschan però tenor lingua naziunala: il talian, il rumantsch ed en ina dimensiun pli pitschna er il franzos è dotads main bain ch'il tudestg, perquai ch'il volumen da datas da trenament è pli pitschen. Questa asimmetria tecnologica po crear novas furmas d'inegualitad, perquai che tschertas linguas profitan da translaziuns pli fidablas che autras e vegnan perquai duvradas tendenzialmain pli savens sco linguas da referenza en il barat translata. Ultra da quai vegn il diever general da la IA accompagna d'in spustament da las cumpetenzas linguisticas, numnadamain da cumpetenzas activas vers activitads da verificaziun e da post-editing. Il studi suttastritga uschia, ch'i nascha ina lavur linguistica savens invisibla che cumpiglia la controlla da la qualitat da translaziuns generadas automaticamain, e ch'igl exista il privel d'emblidar pli e pli las linguas. Quai vala surtut per collavuraturas e collavuratur pli giuven.

Sin plaun instituziunal po la IA linguistica bain reducir tschertas barrieras linguisticas d'access e schlargiar il pool da recrutaziun. Ella permetta però er a las unitads administrativas da lavurar per gronda part en moda monolingua, perquai ch'ils tools da translaziun cumpenseschan la mancanza da cumpetenzas linguisticas umanas. Quest svilup mussa ina discrepanza creschenta tranter las pretensiuns formalas envers la plurilinguitad che derivan d'in context dal temp avant la IA e che sa basan sin las cumpetenzas umanas en las linguas naziunalas, e las praticas da lavur che vegnan ussa sustegnidas per gronda part da la tecnologia. Là, nua che enconuschientschas linguisticas eran fin ussa in pilaster central da la cooperaziun

dal mintgadi, permetta oz la IA da lavurar en moda funcziunala senza communitgar directamain en ina lingua cuminaivla. Senza ina colliaziun explicita tranter las strategias per la transfurmaziun digitala e las pretensiuns envers la plurilinguitad, exista il privel che la lingua vegn duvrada adina dapli surtut sco med da communicaziun e main sco princip fundamental da las praticas da lavur e da las relaziuns tranter cuminanzas linguisticas entaifer l'administraziun federala.

La finala suttastritga il studi ch'il diever da la IA linguistica analysescha en in context pli vast la relaziun cun la lingua entaifer l'administraziun federala. Er sche quests instruments faciliteschan il barat tranter collavuraturas e collavuratur da differentas cuminanzas linguisticas, han els tuttina er la tendenza d'unifitgar las furmas d'expressiun. Las particularitads regiunalas e culturalas da las linguas naziunalas daventan main visiblas e svaneschan schizunt dal tuttafatg en las translaziuns automatisadas. Questas sfidas s'augmentan dentant en vista al fatg, ch'ils instruments duvrads per la IA linguistica sa basan per gronda part sin tecnologias che vegnan svilupadas e controlladas ordaifer la Svizra. La dependenza da soluziuns externas sveglia pia dumondas en connex cun la suveranità tecnologica, surtut areguard la controlla davart las soluziuns tecnicas, la qualitat da las translaziuns e la consideraziun da las particularitads linguisticas naziunalas. Davos quests svilups sa zuppan sfidas pli vastas che pertutgan la coesiun naziunala e la chapientscha vicendaivla tranter las cuminanzas linguisticas, e che sa fatschentan cun la dumonda, tge rolla che la Confederaziun vul giugar en la gestiun da la plurilinguitad en l'era da la IA.

Sin basa da quests resultats fa il studi da pilot las suandantas recumandaziuns:

- definir in rom per l'interacziun tranter la IA, las pretensiuns linguisticas ed il dretg;
- garantir ina cuvrida linguistica gista dals instruments da la IA entaifer l'administraziun federala;
- rinforzar las cumpetenzas linguisticas e culturalas dals caders mesauns;
- garantir in'actualisaziun regulara da l'analisa dals effects da la IA linguistica sin la plurilinguitad en l'administraziun federala;
- examinar la realisaziun d'in studi pli vast davart ils effects socials da la IA linguistica sin la plurilinguitad en Svizra.

1. Einleitung

Kasten 1: Definition von künstlicher Intelligenz (KI)

Ein KI-System ist ein maschinenbasiertes System, das für explizite oder implizite Ziele aus den empfangenen Inputs schlussfolgert, wie es Outputs wie Vorhersagen, Inhalte, Empfehlungen oder Entscheidungen erzeugen kann, welche die physische oder virtuelle Umgebung beeinflussen können.

Quelle: Kompetenznetzwerk für künstliche Intelligenz (CNAI).

Künstliche Intelligenz (KI) verändert bereits jetzt die Art und Weise, wie wir kommunizieren, und im weiteren Sinne auch unser Verhältnis zur Sprache.¹ Bisher dienten digitale Tools vor allem dazu, Texte zu verstehen oder zu übersetzen, doch die modernsten Systeme linguistischer KI sind heute in der Lage, die Nuancen der menschlichen Sprache unter Berücksichtigung des Kontexts und in mehreren Sprachen gleichzeitig wiederzugeben. Kern dieser Entwicklungen sind sowohl neuronale maschinelle Übersetzungstechnologien (NMT), die speziell für die Übertragung von Inhalten von einer Sprache in eine andere entwickelt wurden, als auch Large Language Models (LLM), die als multifunktionale Systeme zur Erzeugung und Umformulierung von Texten konzipiert sind. Die rapide Integration dieser Technologien in die Kommunikationspraxis (sei es in Form von maschinellen Übersetzungstools wie DeepL oder, was noch tiefgreifendere Auswirkungen hat, von allgemein nutzbaren KI-Chatbots wie ChatGPT) wirft die Frage auf, welche Rolle menschliche Sprachkompetenzen in unseren heutigen Gesellschaften noch einnehmen und wie sich diese Rolle entwickeln wird, wenn diese Tools immer leistungsfähiger werden und zunehmend stärker in unseren Alltag integriert sind.

In der Schweiz treffen diese Fragen einen neuralgischen Punkt: die Mehrsprachigkeit als entscheidender Faktor für den nationalen Zusammenhalt (Kübler, Kobelt und Zwicky 2020). Als Grundpfeiler der *Willensnation* sorgt dieser Verfassungsgrundsatz für die Gleichstellung der vier Landessprachen und gewährleistet das gegenseitige Verständnis zwischen den verschiedenen Sprachgemeinschaften.² Die Bundesverwaltung ist als institutioneller Spiegel dieser Vielfalt konzipiert und muss daher die Mehrsprachigkeit aktiv fördern. Dies ist das zentrale Ziel der Mehrsprachigkeitspolitik innerhalb der Bundesverwaltung, die eine ausgewogene Vertretung der Sprachgemeinschaften unter den Mitarbeitenden verlangt und gewährleistet, dass alle Mitarbeitenden in der Amtssprache ihrer Wahl arbeiten und verstanden werden können. Diese Verpflichtungen sind im Sprachengesetz (SpG) verankert und werden durch die Sprachenverordnung (SpV) präzisiert, die drei operative Ziele festlegt: 1) Gewährleistung der Chancengleichheit für die Sprachgemeinschaften, 2) Sicherstellung einer ausgewogenen Vertretung auf allen Ebenen der Verwaltung und 3) Aufrechterhaltung

¹Forbes. 2024. How Generative AI And LLMs Are Reinventing Our Vocabulary Such That We Might Lose Our Grasp On Human Languages. Online: <https://www.forbes.com/sites/lanceoliot/2024/12/29/how-generative-ai-and-llms-are-reinventing-our-vocabulary-such-that-we-might-lose-our-grasp-on-human-languages/> [Abgerufen am 13.11.2025].

²Art. 4 und Art. 70. Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft (BV), SR 101.

effektiver Kompetenzen in den anderen Amtssprachen, um eine echte mehrsprachige Kommunikation zu bewahren.³

Diese Grundsätze haben eine Verwaltungskultur geschaffen, in der die Mehrsprachigkeit ein Schlüsselement für die Legitimität des staatlichen Handelns darstellt, das die Arbeitsweisen innerhalb des Bundes strukturiert (Kobelt 2015). Wie aber sieht die Zukunft der Mehrsprachigkeit in der Schweiz im KI-Zeitalter aus? Die Tools für maschinelle Übersetzung und computergestütztes Dolmetschen entwickeln sich rasch weiter und verändern bereits heute die täglichen Abläufe in einem mehrsprachigen Umfeld, ohne dass das Ausmass dieser Veränderungen bereits vollständig absehbar ist (Cabrera 2024). In diesem sich wandelnden technologischen Umfeld stellen sich für die Bundesverwaltung mehrere Fragen. Wie entwickeln sich die Praxis und die Förderung der Mehrsprachigkeit in einem Umfeld, in dem ein immer grösserer Teil der Kommunikation automatisiert wird? Darüber hinaus wirft die zunehmende Nutzung dieser Technologien für Übersetzungs- oder Redaktionsaufgaben die Frage auf, welcher Stellenwert den menschlichen Sprachkompetenzen noch zukommt. Könnten diese Entwicklungen dazu führen, dass die Anforderungen an die Sprachkenntnisse neu definiert werden und damit die praktische Anwendung von Minderheitensprachen innerhalb der Bundesverwaltung geschwächt wird? Hinter diesen Fragestellungen, welche KI und Mehrsprachigkeit in Verbindung bringen, steht implizit die Frage nach dem sozialen und kulturellen Zusammenhalt der Schweiz.

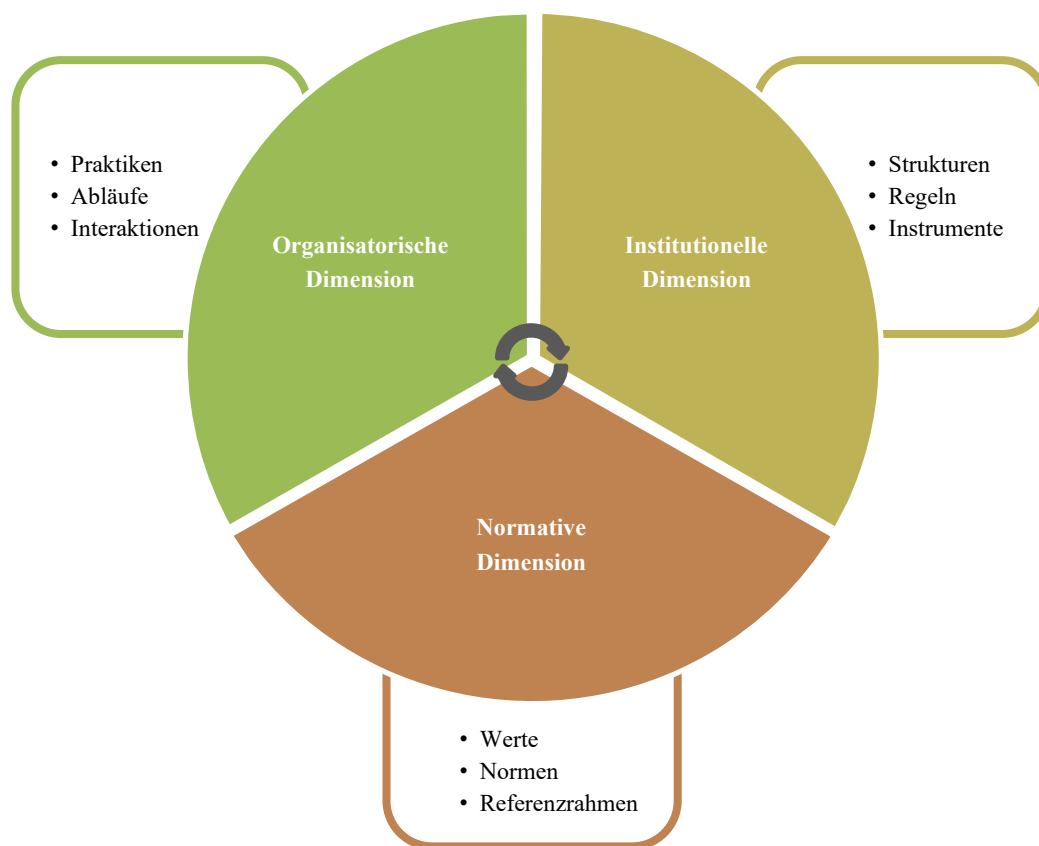
Angesichts der rapide fortschreitenden Entwicklungen im Bereich der linguistischen KI-Tools beauftragte die Delegierten des Bundes für Mehrsprachigkeit das Zentrum für Demokratie Aarau (ZDA) an der Universität Zürich mit der Durchführung einer ersten Pilotstudie zu den Auswirkungen der KI auf die Mehrsprachigkeit innerhalb der Bundesverwaltung. Trotz der zunehmenden Nutzung von linguistischen KI-Tools gibt es nach wie vor nur wenige Informationen über deren konkrete Auswirkungen auf die Praxis und die Förderung der Mehrsprachigkeit. Daher soll mit dieser Pilotstudie zunächst eine Bestandesaufnahme der bereits innerhalb der Bundesverwaltung zu beobachtenden Dynamiken erstellt werden, sowohl hinsichtlich der alltäglichen sprachlichen Praktiken als auch der organisatorischen und strategischen Anpassungen im Zusammenhang mit der Nutzung von KI, und es sollen mögliche mittel- und langfristige Entwicklungen aufgezeigt werden. Ziel ist es, eine Reflexion über die Zukunft der Mehrsprachigkeit in der Verwaltung in einem sich wandelnden technologischen Umfeld anzustossen und den analytischen und methodischen Rahmen für eine mögliche vertiefte Studie abzustecken.

2. Analytischer Rahmen und methodischer Ansatz

Der vorliegende Bericht zu dieser Pilotstudie stützt sich auf einen Analyseansatz, der um drei Dimensionen des staatlichen Handelns (organisatorisch, institutionell und normativ) herum strukturiert ist und es ermöglicht, die Auswirkungen der KI auf die Praxis und die Förderung

³Art. 6, Art. 7 und Art. 8. Verordnung über die Landessprachen und die Verständigung zwischen den Sprachgemeinschaften (SpV), SR 441.11.

der Mehrsprachigkeit in der Bundesverwaltung zu erfassen. Dieser Ansatz folgt den neoinstitutionalistischen Theorien, die eine zentrale Rolle bei der Analyse der staatlichen Politik und des staatlichen Handelns einnehmen. Der Ansatz stützt sich auf die Grundannahme, dass die Funktionsweise öffentlicher Organisationen auf der Verknüpfung von beruflichen Routinen, formalen Regeln sowie kulturellen und kognitiven Rahmenbedingungen beruht (Scott 2013). Mit der Unterscheidung dieser verschiedenen Analyseebenen ermöglicht dieser analytische Ansatz, die Auswirkungen der KI in einem Kontinuum einzuordnen, das von der Mikro- bis zur Makroebene reicht, von konkreten Anpassungen, die im täglichen Sprachgebrauch zu beobachten sind, bis hin zu weitreichenderen Veränderungen von Werten und gesellschaftlichen Dynamiken.



Quelle: Eigene Darstellung

Abbildung 1: Analytischer Ansatz für die Pilotstudie

Organisatorische Dimension: Diese erste Dimension (Mikroebene) befasst sich mit den Arbeitsabläufen und den alltäglichen Interaktionen innerhalb der Verwaltungseinheiten. Es wird analysiert, wie die Mitarbeitenden der Bundesverwaltung die KI-Tools im Rahmen ihrer beruflichen Aufgaben einsetzen und wie diese Nutzung die Sprachpraktiken und die benötigten Kompetenzen beeinflusst. Ziel ist es, die operativen Auswirkungen der KI auf die internen Arbeitsdynamiken zu erfassen, insbesondere ihren Einfluss auf die Verwendung von

Minderheitensprachen (Französisch, Italienisch, Rätoromanisch) bei der Kommunikation innerhalb der Verwaltungseinheiten.

Institutionelle Dimension: Die zweite Dimension (Mesoebene) befasst sich mit den Regeln, Verfahren und Steuerungsinstrumenten, die das staatliche Handeln strukturieren. Es wird analysiert, wie sich der Einsatz von KI-Tools in bestehende institutionelle Strukturen einfügt und wie diese Nutzung die Regeln und Steuerungsmechanismen zur Förderung der Mehrsprachigkeit verändern kann. Ziel ist es, die institutionellen Auswirkungen der KI zu erfassen, insbesondere Anpassungen der Verfahren im Personalmanagement (im Speziellen im Hinblick auf sprachliche Anforderungen) und deren Auswirkungen auf die Zusammensetzung des Verwaltungspersonals.

Normative Dimension: Die dritte Dimension (Makroebene) befasst sich mit den Werten, Normen und kulturellen Referenzrahmen, die das staatliche Handeln leiten. Es wird untersucht, wie die Nutzung von KI die Grundsätze verändert, auf denen die Mehrsprachigkeit des Bundes beruht, sowie den Wert, der menschlichen Sprachkompetenzen beigemessen wird. Ziel ist es, die normativen Auswirkungen der KI zu erfassen, indem mögliche Neudefinitionen der Begründungen für die Legitimität der Mehrsprachigkeit analysiert und Spannungen oder Verschiebungen zwischen den Grundprinzipien der Mehrsprachigkeit und den neu entstandenen Erwartungen hinsichtlich Leistung und technologischer Effizienz aufgezeigt werden.

Zur Erhebung der für diesen Bericht erforderlichen empirischen Daten wurden verschiedene Methoden und Quellen kombiniert. Diese umfasst:

Eine Dokumentenanalyse: Dieser erste Schritt zielt darauf ab, den aktuellen Stand der Technik hinsichtlich der Nutzung linguistischer KI im Rahmen mehrsprachiger Verwaltungstätigkeit zu ermitteln. Zusätzlich zur Auswertung der internationalen wissenschaftlichen Literatur umfasst die Analyse auch Erfahrungen, die in internationalen Organisationen und öffentlichen Verwaltungen anderer vielsprachiger Länder gesammelt wurden.⁴

Eine Analyse des rechtlichen Rahmens: Dieser zweite Schritt besteht in der Darstellung der rechtlichen Grundlagen, welche die Nutzung von KI-basierten Technologien für das Übersetzen und Dolmetschen in der Bundesverwaltung regeln. Diese Analyse stützt sich auf eine Bestandsaufnahme der relevanten Rechtsakte sowie der internen Dokumente, die darauf abzielen, die Sprachpraxis zu lenken oder zu regeln. Ziel ist es, sowohl die für die Nutzung

⁴In diesem Bericht wird der Begriff *Mehrsprachigkeit* dem Begriff *Vielsprachigkeit* vorgezogen, um ein institutionelles Prinzip der Anerkennung und Förderung der Amtssprachen zu bezeichnen, sei es in der Schweiz oder in anderen Ländern. Hingegen wird der Begriff *vielsprachig* anstelle von *mehrsprachig* verwendet, um die Praktiken und Kommunikationsarten zu beschreiben, bei denen mehrere Sprachen zum Einsatz kommen, sowie im weiteren Sinne die Koexistenz mehrerer Sprachen innerhalb einer Organisation, einer Gesellschaft oder eines Gebiets.

dieser Tools geltenden Regeln als auch die potenziell davon beeinflussten Elemente zu identifizieren.

Explorative Fokusgruppen-Gespräche: In dieser dritten Phase wurden die Einschätzungen von Schlüsselpersonen hinsichtlich der potenziellen Auswirkungen der KI auf die Praxis und die Förderung der Mehrsprachigkeit in der Bundesverwaltung gesammelt. Im Oktober 2025 wurden zwei Fokusgruppen (sog. «Roundtables») organisiert. Die eine befasste sich mit den Herausforderungen der Steuerung, die andere mit den alltäglichen Sprachpraktiken. An diesen Gesprächen nahmen je rund zwanzig Personen teil, die mit diesem Thema zu tun haben und aus verschiedenen Verwaltungseinheiten, Hierarchieebenen und sprachlichen Kontexten stammen. Der Austausch wurde protokolliert und anhand qualitativer Untersuchungsmethoden analysiert (Mayring 2014).

Durch die Kombination dieser verschiedenen Quellen verbindet die Analyse institutionelle Strukturen, internationale Vergleiche und Praxiserfahrungen, um die aktuellen Herausforderungen und möglichen Entwicklungen der Mehrsprachigkeitspolitik im KI-Zeitalter zu erfassen.

3. KI in der modernen öffentlichen Verwaltung: zwischen Risiken und Chancen

Im Laufe der letzten Jahre haben KI-Systeme weitgehend Einzug in den öffentlichen Bereich gehalten. Diese Technologien, definiert als maschinenbasierte Systeme, die anhand vielfältiger Inputs Outputs wie Vorhersagen, Inhalte, Empfehlungen oder Entscheidungen erzeugen können⁵, sind zu einem zentralen Instrument der Verwaltungsmodernisierung geworden, vergleichbar mit der Informatisierung der 1990er Jahre oder der Digitalisierung der 2000er Jahre. In internationalen Roadmaps und Strategien zur KI in der öffentlichen Verwaltung werden drei wiederkehrende Ziele hervorgehoben⁶:

- Steigerung der Effizienz von Prozessen,
- Optimierung der Allokation von Ressourcen,
- Verbesserung der Qualität und Schnelligkeit öffentlicher Dienstleistungen.

In einem Umfeld, das durch wachsende Informationsmengen, immer kürzere Bearbeitungszeiten und begrenzte personelle Ressourcen geprägt ist, ist KI daher für viele öffentliche Verwaltungen weltweit zu einer zentralen operativen Stütze geworden. Die

⁵Schweizerische Eidgenossenschaft. 2025. Strategie Einsatz von KI-Systemen in der Bundesverwaltung. Online: <https://www.bk.admin.ch/bk/de/home/digitale-transformation-ikt-lenkung/vorgaben/sb021-strategie-einsatz-von-ki-systemen-in-der-bundesverwaltung.html> [Abgerufen am 18.11.2025].

⁶Europäische Kommission. 2020. Weissbuch zur künstlichen Intelligenz – ein europäisches Konzept für Exzellenz und Vertrauen. Online: <https://op.europa.eu/de/publication-detail/-/publication/ac957f13-53c6-11ea-aece-01aa75ed71a1> [Abgerufen am 18.11.2025].

schrittweise Einführung dieser Technologien führt nicht nur zu einer Umgestaltung der Verwaltungsprozesse, sondern auch zu einer Neudefinition der Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst. Diesbezüglich geht eine Studie des Beratungsunternehmens Roland Berger davon aus, dass mehr als ein Drittel der Stellen im öffentlichen Dienst in den nächsten Jahren tiefgreifende Veränderungen erfahren werden, wobei 7 Prozent davon voraussichtlich vollständig automatisiert werden.⁷

Obwohl diese Prognosen noch Zukunftsmusik sind, zeigt die bereits jetzt zu beobachtende Nutzung, dass diese Revolution bereits in vollem Gange ist. In vielen Verwaltungen ist KI bereits in den Arbeitsalltag der Angestellten integriert. Ob in nationalen öffentlichen Verwaltungen oder internationalen Institutionen, KI wird intensiv und routinemässig eingesetzt, um repetitive oder zeitaufwändige Aufgaben zu beschleunigen oder zu vereinfachen: Dokumente ablegen, Zusammenfassungen erstellen, Informationsflüsse priorisieren oder Verwaltungstexte verfassen (Straub et al. 2024).

Internationale Vergleiche zeigen, dass die Einführung von KI oft einer schrittweisen Dynamik folgt⁸:

- Pilotprojekte oder vereinzelte Erprobungen innerhalb bestimmter operativer Einheiten;
- Ausarbeitung interner Richtlinien zur Regelung dieser Nutzungen;
- Einbindung in weiter gefasste Programme zur digitalen Transformation;
- sowie in einigen Ländern eine Institutionalisierung in sektorspezifischen oder nationalen Strategien.

Während KI-Systeme ursprünglich «von unten» eingesetzt wurden, d.h. in Abteilungen, die mit hohem Arbeitsaufkommen, engen Fristen oder Personalmangel konfrontiert waren, haben sie sich heute als fester Bestandteil moderner Verwaltungsinfrastrukturen etabliert.

Während die Einführung von KI alle Verwaltungstätigkeiten betrifft, kommt linguistischen KI-Tools in vielsprachigen institutionellen Umgebungen heute eine besonders wichtige Bedeutung zu. Es handelt sich dabei um heterogene Technologien, die sowohl spezialisierte Tools für maschinelle Übersetzung und computergestütztes Dolmetschen (DeepL, Google Translate) umfassen, die speziell für die Übertragung von Inhalten von einer Sprache in eine andere entwickelt wurden, als auch allgemeinere LLM-Modelle (ChatGPT, Gemini, Claude), die für die Erzeugung und Umformulierung von Texten konzipiert sind, aber auch für die Erstellung und Übersetzung von Inhalten in mehreren Sprachen eingesetzt werden. Bei vielsprachigen Organisationen dienen diese linguistischen KI-Technologien zwar der Produktivität und Effizienz, stehen aber auch in direktem Zusammenhang mit grundlegenden institutionellen Herausforderungen: der ausgewogenen Vertretung der Amtssprachen in der Verwaltung, der Aufrechterhaltung einer tatsächlichen Verwendung dieser Sprachen und der Gewährleistung ihrer Gleichbehandlung.

⁷Roland Berger. 2025. The public sector in the age of Gen AI. Online: <https://www.rolandberger.com/en/Insights/Publications/The-public-sector-in-the-age-of-Gen-AI.html> [Abgerufen am 18.11.2025].

⁸OECD. 2025. Governing with Artificial Intelligence. Online: https://www.oecd.org/en/publications/governing-with-artificial-intelligence_795de142-en.html [Abgerufen am 18.11.2025].

Kürzlich in Kanada geführte Debatten veranschaulichen diese Spannungsverhältnisse sehr eindrücklich. Die Einführung von KI-Tools im Sprachdienst der kanadischen Bundesregierung hat beim *Commissaire aux langues officielles* Bedenken hinsichtlich der tatsächlichen Einhaltung der amtlichen Zweisprachigkeit ausgelöst.⁹ Die Ziele der Modernisierung und der Verkürzung der Bearbeitungszeiten treten dabei in Konflikt mit zwingenden Anforderungen hinsichtlich der sprachlichen Rechte, der Gleichstellung der französischen und englischen Sprache sowie der Transparenz und Qualität der erstellten Dokumente. Diese Kontroverse macht deutlich, dass der Einsatz linguistischer KI in einem vielsprachigen institutionellen Umfeld einen direkten Einfluss auf den gleichberechtigten Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen und den Schutz der Bürgerrechte von Sprecherinnen und Sprechern von Minderheitensprachen hat.

In einem administrativen Umfeld wie dem der Eidgenossenschaft, in dem die Mehrsprachigkeit sowohl ein verbindlicher Rechtsgrundsatz als auch ein wesentlicher symbolischer Bezugspunkt für den nationalen Zusammenhalt ist, wirft die generelle Einführung linguistischer KI grundlegende Fragen auf:

- Wie beeinflussen diese Technologien die Praxis und die Förderung der Mehrsprachigkeit?
- Welche Rolle spielen weiterhin menschliche Sprachkompetenzen angesichts von maschineller Übersetzung und computergestütztem Dolmetschen?
- Könnten diese Tools die Anforderungen an Sprachkenntnisse nachhaltig verändern oder sogar deren Erhalt gefährden?

Diese Fragen stehen im Mittelpunkt der Analyse in den nächsten drei Abschnitten.

4. Operative Auswirkungen der KI auf die Mehrsprachigkeit in der Bundesverwaltung

In vielsprachigen Verwaltungsumgebungen bieten Tools zur Unterstützung des Verständnisses, der Übersetzung und der Texterstellung von Dokumenten in mehreren Sprachen eine grosse Erleichterung im Arbeitsalltag. Die Europäische Union beispielsweise stützt sich massiv auf ihren offiziellen Übersetzungsdienst «eTranslation», um die Erstellung von Inhalten in mehr als dreissig Sprachen zu erleichtern, sowohl innerhalb ihrer Institutionen als auch in den Verwaltungen der Mitgliedstaaten.¹⁰ Die Vereinten Nationen ihrerseits fördern ausdrücklich den geregelten Einsatz maschineller Übersetzung als Unterstützung für Sprachdienste, betonen

⁹Commissariat aux langues officielles. 2024. Lettre du commissaire à la présidente du Conseil du Trésor au sujet de la Stratégie en matière d'intelligence artificielle pour la fonction publique fédérale. Online: <https://www.clo-ocol.gc.ca/fr/salle-nouvelles/2025-03-05/lettre-du-commissaire-presidente-du-conseil-du-tresor-au-sujet-strategie-en-matiere-dintelligence-artificielle-pour-fonction-publique-federale> [Abgerufen am 18.11.2025].

¹⁰Europäischer Ausschuss der Regionen. n.d. eTranslation Das zuverlässige Online-Übersetzungssystem der EU. Online: <https://cor.europa.eu/de/etranslation> [Abgerufen am 18.11.2025].

aber gleichzeitig die unverzichtbare Aufrechterhaltung der menschlichen Kontrolle, um Qualität und Gleichberechtigung der Sprachen zu gewährleisten.¹¹

Die Schweizerische Eidgenossenschaft folgt dieser Dynamik ebenfalls. Seit 2019 hat die Nutzung von DeepL Pro in der Bundesverwaltung stetig zugenommen. Alle Mitarbeitenden der Bundesverwaltung haben über eine Webschnittstelle Zugriff darauf. Jeden Monat übersetzt die Verwaltung mittlerweile mehr als eine Million Seiten über dieses System.¹² Das Ausmass des Phänomens lässt sich anhand der Nutzungsdaten bestätigen. Eine im Jahr 2024 vom Kompetenzzentrum Sprachtechnologien der Bundesverwaltung (KST) durchgeführte Umfrage ergab, dass 99 Prozent der Antwortenden maschinelle Übersetzung nutzen, rund die Hälfte davon täglich, wobei DeepL Pro das am meisten genutzte Tool war¹³.

Laut Angaben der Konferenz der Sprachdienste der Bundesverwaltung (KOSD) hat diese massive Nutzung jedoch weder zu einer nennenswerten Veränderung im Personalbestand noch im Volumen der von den offiziellen Übersetzungsdiensten übernommenen Übersetzungen geführt.¹⁴ Der Schwerpunkt scheint somit eher bei informellen Interaktionen zu liegen, wo die KI bereits heute die Sprachpraktiken und das sprachliche Gleichgewicht neu definiert.

Während offizielle externe Inhalte nach wie vor im Rahmen von Humanübersetzungen erstellt werden, wird nahezu die gesamte interne mehrsprachige Kommunikation heute (direkt oder indirekt) über linguistische KI-Tools abgewickelt. Die Überlegungen dieser Pilotstudie erfolgen vor dem Hintergrund dieser massiven und routinemässigen Nutzung dieser Tools in der täglichen Arbeitspraxis. Ohne eine umfassende Diagnose liefern zu wollen, beleuchtet der vorliegende Bericht mehrere sich herausbildende Trends im Zusammenhang mit der Erstellung mehrsprachiger Inhalte (Abschnitt 4.1) und den Sprachpraktiken (Abschnitt 4.2) in der Bundesverwaltung.

4.1 Entwicklung vielsprachiger Inhalte im KI-Zeitalter

Dieser Unterabschnitt untersucht, welche Auswirkungen linguistische KI auf die Erstellung vielsprachiger Inhalte hat. Er befasst sich insbesondere mit Dokumenten, die innerhalb der Bundesverwaltung erstellt werden, sowie mit den Tools, die zu deren Erstellung oder Übersetzung eingesetzt werden.

¹¹Vereinte Nationen. Cadre stratégique des Nations Unies sur le multilinguisme. Online: https://www.un.org/dgacm/sites/www.un.org.dgacm/files/french_un_strategic_framework_on_multilingualism_web.pdf [Abgerufen am 18.11.2025].

¹²ASTTI. 2024. Diskussionspapier ASTTI zur Bedeutung künstlicher Intelligenz für Sprachdienstleistende. Online: https://astti.ch/wp-content/uploads/2024/11/Diskussionspapier-ASTTI-zur-Bedeutung-von-KI-fur-Sprachdienstleistende_equivalences_de.pdf [Abgerufen am 18.11.2025].

¹³Bundeskanzlei. 2025. KI im Dienst der Übersetzung bei der Bundesverwaltung: Zukunftsperspektiven. Bericht über die Ergebnisse von Umfragen von 2024. Internes, nicht publiziertes Dokument [Abgerufen am 18.11.2025].

¹⁴Von einer internen Quelle auf der Grundlage der Statistiken der KOSD gelieferte Daten zeigen, dass die Zahl der Vollzeitäquivalente in den Sprachberufen von 325 VZÄ im Jahr 2019 auf 354 VZÄ im Jahr 2024 gestiegen ist. Die Anzahl der von den internen Diensten übersetzten Seiten ist von 235 000 auf über 294 000 gestiegen, und das Volumen der ausgelagerten Übersetzungen ist trotz eines leichten Rückgangs des durchschnittlichen Preises pro Seite stabil geblieben.

Eine der deutlichsten Erkenntnisse betrifft den mittlerweile zentralen Stellenwert der maschinellen Übersetzung in der internen Kommunikation. Laut der Umfrage des KST nutzen 87 Prozent der Befragten diese mindestens einmal pro Woche, davon 47 Prozent täglich, und zwar hauptsächlich im Rahmen der vielsprachigen Korrespondenz.¹⁵ Die Fokusgruppen-Gespräche bestätigten diese Entwicklung. Mehrere Teilnehmende betonen, dass sich die Mitarbeitenden der Bundesverwaltung immer mehr auf diese Tools stützen, um die interne Kommunikation «flüssiger» zu gestalten, und beschreiben Workflows, bei denen DeepL bereits in den ersten Phasen der Texterstellung zum Einsatz kommt, ohne dass noch systematisch eine Humanübersetzung angefertigt wird. Diese Dynamik ist vor dem Hintergrund eines erhöhten Drucks bei Fristen und Ressourcen zu sehen.¹⁶ Die rasche Ausführung und der sofortige Zugriff auf die Übersetzungen werden von den Mitarbeitenden des Bundes weitgehend als effiziente Mittel angesehen, um Zeit zu gewinnen und ihre Produktivität zu steigern.

Diese Entwicklungen werfen die Frage nach einem möglichen Rebound-Effekt auf. Wenn die Prozesse der Texterstellung und Übersetzung schneller und leichter zugänglich werden, führt dies natürlich tendenziell zu einem Anstieg der produzierten Inhalte. Dies ist bisher noch nicht der Fall bei offiziellen Mitteilungen an die Öffentlichkeit oder an externe Partner, für die zwingend professionelle Übersetzungsdienste in Anspruch genommen werden müssen und deren Umfang daher seit 2019 relativ stabil ist. Die interne Kommunikation hingegen fällt nicht unter diese Regelung, und es liegen keine Zahlen vor, um deren Volumen zu messen. Im Hinblick auf die Beobachtungen in anderen mehrsprachigen Verwaltungen ist ein solches Phänomen jedoch plausibel. Beispielsweise hat die Europäische Union einen Anstieg des von eTranslation bearbeiteten Volumens von 19 Millionen Seiten bei dessen Einführung im Jahr 2017 auf über 760 Millionen Seiten im Jahr 2024 verzeichnet, was darauf schließen lässt, dass der Einsatz von KI zu einem sehr starken Anstieg der Anzahl übersetzter Texte führt.¹⁷ Diese Entwicklung kann positive Auswirkungen haben, insbesondere indem sie es ermöglicht, mehr Inhalte in Minderheitensprachen verfügbar zu machen, die zuvor aufgrund des Mangels an personellen und finanziellen Ressourcen für Übersetzungen nur begrenzt zugänglich waren. Allerdings birgt diese Entwicklung auch Risiken. In mehreren kürzlich erschienenen Analysen zum Thema «AI-Workslop» (ein Neologismus für mit KI erstellte fachliche Inhalte, die häufig von minderer Qualität sind) wird betont, dass die rasante Zunahme maschinell erstellter oder übersetzter Texte einen versteckten Arbeitsaufwand zur Überprüfung,

¹⁵Bundeskanzlei. 2025. KI im Dienst der Übersetzung bei der Bundesverwaltung: Zukunftsperspektiven. Bericht über die Ergebnisse von Umfragen von 2024. Internes, nicht publiziertes Dokument [Abgerufen am 18.11.2025].

¹⁶Public First. 2024. AI & the Public Sector. Online: https://opensourceai.publicfirst.co.uk/content/Meta_The_Future_of_Public_Services.pdf [Abgerufen am 19.11.2025].

¹⁷Europäische Kommission. n.d. AI-based multilingual services – using EU language data to innovate. Online: https://translation.ec.europa.eu/language-data-and-ai-using-ai-break-down-language-barriers/ai-based-multilingual-services-using-eu-language-data-innovate_en?prefLang=de [Abgerufen am 19.11.2025].

Korrektur und Klärung verursachen kann, der einen Teil der erwarteten Produktivitätsgewinne wieder zunichte macht.¹⁸

Das Problem der Qualität der erstellten Inhalte erscheint besonders wichtig angesichts des «AI-Workslop-Phänomens», das sich auf die Zunahme von KI-generierten Texten bezieht, die voller Fehler, Widersprüche oder Ungenauigkeiten sind. Obwohl 95 Prozent der Befragten in der KST-Studie erklärten, mit DeepL Pro zufrieden zu sein, bleibt die Qualität der Übersetzungen eine zentrale Besorgnis.¹⁹ Diese Besorgnis wurde auch anlässlich der Fokusgruppen-Gespräche geäußert, bei denen mehrere Teilnehmende auf einen Qualitätsverlust bei KI-generierten Texten hinwiesen, insbesondere wenn diese nicht mehr systematisch einer menschlichen Überprüfung unterzogen werden. Die Diskussionen zeigen die diesen Technologien innewohnenden sprachlichen Asymmetrien auf, die auch in anderen vielsprachigen Kontexten zu beobachten sind.²⁰ So variiert die Qualität der Übersetzungen je nach Zielsprache, wobei für die Mehrheitssprachen (vor allem Deutsch) zufriedenstellende Ergebnisse erzielt werden, während die Übersetzungen ins Italienische von unterschiedlicher Qualität sind und jene ins Rätoromanische weiterhin sehr unzuverlässig sind. Diese ungleiche technologisch-sprachliche Abdeckung kann die Arbeitsbelastung der Sprecherinnen und Sprecher von Minderheitensprachen erhöhen oder sie sogar davon abhalten, diese Tools in ihrer täglichen Praxis einzusetzen.

«Viele Mitarbeitende nutzen DeepL Pro täglich, um einen Text in einer anderen Sprache schneller zu lesen, zu verstehen oder sogar zu verfassen. Als Ersatz für den Übersetzungsdienst wird DeepL zwar nach wie vor nur selten genutzt, doch in der internen Kommunikation, insbesondere im E-Mail-Verkehr, ist die Anwendung mittlerweile sehr verbreitet.»

Wie dieses Zitat von einer Person, die an den Fokusgruppen-Gesprächen teilgenommen hat, zum Ausdruck bringt, sind Technologien zur maschinellen Übersetzung und Tools zum computergestützten Dolmetschen heute im Bereich der internen Kommunikation der Bundesverwaltung weit verbreitet. Ihre generelle Einführung eröffnet neue Perspektiven, um die vielsprachige Produktion und Verbreitung von Informationen zu beschleunigen, wirft aber auch Fragen hinsichtlich der Qualität der erstellten Texte und des damit verbundenen Aufwands für die Überprüfung auf. Diese Entwicklungen geben Anlass, die Überlegungen zur

¹⁸Forbes. 2025. Why AI ‘Workslop’ Kills Productivity—And How To Prevent It. Online: <https://www.forbes.com/sites/carolinecastrillon/2025/10/02/ai-workslop-could-be-the-biggest-threat-to-productivity/> [Abgerufen am 19.11.2025].

¹⁹Bundeskanzlei. 2025. KI im Dienst der Übersetzung bei der Bundesverwaltung: Zukunftsperspektiven. Bericht über die Ergebnisse von Umfragen von 2024. Internes, nicht publiziertes Dokument [Abgerufen am 18.11.2025].

²⁰Europäisches Parlament. 2022. The European Union’s approach to multilingualism in its own communications policy. Online: [https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/STUD/2022/699648/IPOL_STU\(2022\)699648_EN.pdf](https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/STUD/2022/699648/IPOL_STU(2022)699648_EN.pdf) [Abgerufen am 18.11.2025].

redaktionellen Verantwortung im Hinblick auf KI-generierte Inhalte sowie zu den internen Mechanismen, die deren Verlässlichkeit gewährleisten können, zu vertiefen.

4.2 Entwicklung von Sprachpraktiken im KI-Zeitalter

Dieser Unterabschnitt befasst sich mit der Art und Weise, wie die Nutzung von KI die Sprachpraktiken der Mitarbeitenden der Bundesverwaltung sowie die täglichen Interaktionen innerhalb der Teams verändert. Er befasst sich insbesondere mit den eingesetzten Kompetenzen sowie den individuellen und kollektiven Dynamiken, die in einem sich wandelnden technologischen Umfeld auftreten.

Eine erste Feststellung betrifft die Entwicklung der im Arbeitsalltag geforderten Sprachkompetenzen. Mehrere Teilnehmende der Fokusgruppen-Gespräche beschreiben eine allmähliche Verlagerung von aktiven Kompetenzen (die Fähigkeit, in einer zweiten oder dritten Sprache zu formulieren und zu schreiben) hin zu eher passiven Kompetenzen (die Fähigkeit, eine Sprache mündlich zu verstehen oder lesen zu können). Diese Dynamik geht einher mit der Entstehung neuer Aufgaben im Bereich Post-Editing und Qualitätskontrolle, die mittlerweile weitgehend in die Arbeitsabläufe integriert sind. Diese Tätigkeiten erfordern ein feines sprachliches Urteilsvermögen, da man mit der Sprache ausreichend vertraut sein muss, um die manchmal subtilen Fehler der KI erkennen zu können. Die kürzlich in Kanada geführten Debatten über den Einsatz linguistischer KI gehen in die gleiche Richtung. Diese Technologien machen menschliches Fachwissen keineswegs entbehrlich, sondern verstärken im Gegenteil die Notwendigkeit der Inanspruchnahme von Übersetzerinnen und Übersetzern, um die Qualität der Inhalte zu gewährleisten.²¹ In diesem Zusammenhang kann eine «unsichtbare Belastung» entstehen, die sich auf Mitarbeitende mit soliden Sprachkenntnissen konzentriert, die oft aus minoritären Sprachgemeinschaften stammen und bei denen die Gefahr besteht, dass sie regelmässig zur Überprüfung oder Korrektur von Übersetzungen innerhalb der Teams herangezogen werden.

Bei den Fokusgruppen-Gesprächen wurden Bedenken hinsichtlich einer zunehmenden Abhängigkeit von Tools für maschinelle Übersetzung und computergestütztes Dolmetschen geäußert. Mehrere Teilnehmende verwiesen auf die Gefahr einer «intellektuellen Trägheit», einem Phänomen, das auch in mehreren Studien festgestellt wurde, in denen vor einer übermässigen Auslagerung kognitiver Aufgaben an generative KI gewarnt wird.²² Dieser Rückgang der Lernbemühungen könnte langfristig zu einem allmählichen Verlernen sprachlicher Kompetenzen führen. Einige Gesprächsteilnehmende weisen zudem auf die Gefahr einer Kluft zwischen den Generationen hin. Personen, die zu einer Zeit ausgebildet

²¹Radio Canada. 2024. IA au Bureau de la traduction : le commissaire aux langues officielles met en garde Ottawa. Online: <https://ici.radio-canada.ca/nouvelle/2069380/intelligence-artificielle-traduction-langues-officielles-ottawa> [Abgerufen am 19.11.2025].

²²Unleash. 2025. Is AI causing a decline in cognitive and creative skills? Online: <https://www.unleash.ai/artificial-intelligence/is-ai-causing-a-decline-in-cognitive-and-creative-skills/> [Abgerufen am 24.11.2025].

wurden, als die aktive Beherrschung mehrerer Sprachen noch stärker wertgeschätzt wurde, verfügen oft über eine solide sprachliche Grundlage, sind jedoch manchmal weniger sicher im Umgang mit den jeweiligen Technologien. Umgekehrt sind «Digital Natives» besser im Umgang mit den Tools und neigen dazu, sich stärker auf KI zu verlassen, um ihre begrenzteren sprachlichen Kompetenzen in bestimmten Amtssprachen auszugleichen. In manchen Teams kann diese Dynamik dazu führen, dass Englisch als Lingua franca verwendet wird, insbesondere bei den jüngeren Mitarbeitenden. Diese Auswirkungen sind jedoch nicht einheitlich. Für einen Teil des Bundespersonals dient die KI als Lernhilfe: Manche Mitarbeitende verfassen beispielsweise freiwillig Texte in einer anderen Sprache und vergleichen ihre Formulierungen dann mit denen von DeepL Pro, um ihren Wortschatz zu erweitern. So wird die KI je nach Nutzung entweder zu einem Ersatz für eigene Anstrengungen oder zu einem Lernmittel.

Schliesslich unterliegen auch die täglichen Interaktionen innerhalb oder zwischen den Teams einem Wandel. Mehrere Teilnehmende der Fokusgruppen-Gespräche betonen, dass maschinelle Übersetzungstools die Autonomie von Sprecherinnen und Sprechern aus minoritären Sprachgemeinschaften stärken, da alle wissen, dass ihre Botschaft verstanden wird. So ist ein deutlicher Anstieg der Verwendung von Französisch und Italienisch in der internen Kommunikation zu beobachten, wobei einige italienisch- oder französischsprachige Personen anmerken, dass sie nun systematisch Inhalte in ihrer Sprache erhalten. Dieser Effekt ist jedoch darauf zurückzuführen, dass diese beiden Sprachen von den aktuellen Modellen relativ gut unterstützt werden, was bei anderen Sprachen wie dem Rätoromanischen, das in der digitalen Welt so gut wie nicht vorhanden ist, nicht der Fall ist.²³ Diese Entwicklungen werfen im weiteren Sinne die Frage nach der konkreten Umsetzung des Prinzips «Jede/-r in der eigenen Sprache» auf, das im Zentrum der Mehrsprachigkeit in der Bundesverwaltung steht. Nun macht die KI eine systematischere Anwendung dieses Prinzips technisch möglich, auch in Situationen, in denen sich Mitarbeitende, die aus sprachlichen Minderheiten stammen, zuvor an die vorherrschende Sprache anpassen mussten, um verstanden zu werden. Allerdings bedeutet dies nicht, dass Minderheitensprachen von den Kolleginnen und Kollegen mit anderen Erstsprachen besser beherrscht werden, da ein wachsender Teil des Verfassens und Verstehens von Texten mittlerweile von der Technologie übernommen wird. Diese Dynamik führt zu neuen Kompromissen bei der Qualität der Inhalte, da KI zwar die Schnelligkeit und Zugänglichkeit der Kommunikation erleichtert, dies jedoch manchmal auf Kosten der Präzision der Formulierungen geht. Mehrere Teilnehmende weisen zudem auf eine Diskrepanz zwischen der schriftlichen Kommunikation hin, deren Fluss den Eindruck eines gemeinsamen Sprachverständnisses vermitteln kann, und den schwierigeren mündlichen Interaktionen während der Sitzungen.

²³Vereinte Nationen. 2025. Mind your language: The battle for linguistic diversity in AI. Online: <https://news.un.org/en/story/2025/03/1161406> [Abgerufen am 20.11.2025].

«Ich glaube, dass mit diesen Tools die geforderten Kompetenzen fast eher passiver Natur werden: Es geht darum, zu überprüfen, ob der Text Sinn ergibt, ob die Übersetzung dem entspricht, was ich sagen wollte, und nicht darum, selbst einen Text in einer anderen Sprache zu verfassen.»

Das vorstehende Zitat stammt vom Fokusgruppen-Gespräch zu Sprachpraktiken und veranschaulicht, wie der Einsatz von KI dazu beiträgt, die im Arbeitsalltag eingesetzten Kompetenzen neu zu definieren. So zeigt sich, dass KI nach und nach das Gleichgewicht zwischen den Sprachen und die Interaktionsweisen innerhalb der Teams verändert. Zwar bieten diese Tools neue Unterstützung für die Kommunikation und vergrössern die Autonomie, doch können sie auch zum Verlernen und zum Verlust von Verantwortung führen. Darüber hinaus verändert KI die Bedingungen für den Sprachgebrauch in den Teams. Es stellt sich daher die Frage, ob diese Entwicklung zu einer Wiederherstellung des Gleichgewichts der Sprachpraktiken beiträgt oder ob sie in bestimmten Zusammenhängen nicht eher die Position der Mehrheitsprache stärkt, indem sie den Sprecherinnen und Sprechern ermöglicht, sich stärker auf die Technologie zu stützen, während sprachliche Minderheiten weiterhin mehrere Sprachen beherrschen müssten, um innerhalb der Verwaltung aufzusteigen.

5. Institutionelle Auswirkungen der KI auf die Mehrsprachigkeit in der Bundesverwaltung

In vielsprachigen staatlichen Verwaltungen stützt sich die Mehrsprachigkeit üblicherweise auf eine Reihe von Regeln und institutionellen Mechanismen, die den Gebrauch der Amtssprachen in internen Prozessen regeln. In Kanada beispielsweise wird die Zweisprachigkeit auf Bundesebene durch das Gesetz über die Amtssprachen [*Loi sur les langues officielle (LLO)*]²⁴ geregelt, ergänzt durch die Richtlinie über die Amtssprachen im Personalmanagement [*Directive sur les langues officielles pour la gestion des personnes*]²⁵. Zusammen legen sie die für jede Stelle erforderlichen Sprachprofile fest, standardisieren die Kompetenzniveaus und schreiben die Ernennung von Sprachkoordinatoren in jedem Ministerium vor. Die Einhaltung dieser Regeln wird vom Beauftragten für Amtssprachen [*Commissaire aux langues officielles*] unabhängig überwacht.

In der Schweiz wird die institutionelle Mehrsprachigkeit durch das Sprachengesetz (SpG)²⁶ und dessen Ausführungsverordnung geregelt, welche die sprachlichen

²⁴Loi sur les langues officielles (LLO). L.R.C (1985), Ziff. 31

²⁵Kanadische Regierung. 2025. Directive sur les langues officielles pour la gestion des personnes. Online: <https://www.tbs-sct.canada.ca/pol/doc-fra.aspx?id=26168> [Abgerufen am 20.11.2025].

²⁶Bundesgesetz über die Landessprachen und die Verständigung zwischen den Sprachgemeinschaften (SpG), SR 441.1.

Mindestanforderungen für das Bundespersonal sowie die Zielwerte für die Vertretung der verschiedenen Sprachgemeinschaften festlegen. Die Delegierte des Bundes für Mehrsprachigkeit sorgt für die Koordination und Überwachung dieser Ziele. Die institutionellen Regelungen zur KI sind hingegen jüngerer Datums. Seit 2020 legen Leitlinien die allgemeinen Prinzipien für den Einsatz von KI in der Bundesverwaltung fest, wobei die Notwendigkeit betont wird, innovationsfreundliche Rahmenbedingungen zu schaffen und gleichzeitig den Menschen in den Mittelpunkt zu stellen.²⁷ Dieser Rahmen wurde 2025 durch eine Teilstrategie zum Einsatz von KI-Systemen in der Bundesverwaltung ergänzt, die darauf abzielt, diese Prinzipien umzusetzen und den Einsatz dieser Technologien in Verwaltungsprozessen zu steuern.²⁸ Auf einer eher operativen Ebene beschränken Merkblätter den Einsatz maschineller Übersetzung ausdrücklich auf informelle Kommunikation, sofern diese keine sensiblen Informationen oder personenbezogenen Daten enthält.²⁹ Das 2022 gegründete Kompetenznetzwerk für künstliche Intelligenz (CNAI) unterstützt diesen Wandel, indem es den Austausch von nationalem und internationalem Fachwissen und Erfahrungen im Bereich der KI fördert.

Damit fügt sich die linguistische KI in ein institutionelles Umfeld ein, in dem der Sprachgebrauch durch feststehende Regeln und Mechanismen geregelt ist. Tools für maschinelle Übersetzung und computergestütztes Dolmetschen stehen nun in Wechselwirkung mit der Steuerung der Mehrsprachigkeit. Die Überlegungen der vorliegenden Pilotstudie sind in dieser sich herausbildenden Verknüpfung zwischen einem stabilisierten sprachlichen Rahmen und einer noch im Aufbau befindlichen technologischen Architektur angesiedelt. Es zeigen sich mehrere Trends, die auf institutionelle Anpassungen in den Bereichen Steuerung (Abschnitt 5.1) und Personalmanagement (Abschnitt 5.2) in der Bundesverwaltung hindeuten.

5.1 Entwicklung der strategischen Steuerung im KI-Zeitalter

In diesem Unterabschnitt wird analysiert, wie die linguistische KI Verfahren und Instrumente im Zusammenhang mit der Mehrsprachigkeit auf Bundesebene neu gestaltet. Dabei werden insbesondere die Reibungspunkte zwischen sich rasch ausbreitenden technologischen Anwendungen und institutionellen Regelungen untersucht, die noch weitgehend für ein Umfeld vor dem KI-Zeitalter konzipiert sind.

Eine erste Feststellung bezieht sich auf das Fehlen einer expliziten Verknüpfung zwischen den KI-Strategien und den Massnahmen zur Regelung der Mehrsprachigkeit.

²⁷Schweizerische Eidgenossenschaft. 2020. Leitlinien «Künstliche Intelligenz» für den Bund. Online: [https://www.sbf.admin.ch/dam/de/sd-web/-uy97trD1VMc/Leitlinien%2520K%C3%BCnstliche%2520Intelligenz%2520%2520DE\[1\].pdf/Leitlinien%20K%C3%BCnstliche%20Intelligenz%20-%20DE.pdf](https://www.sbf.admin.ch/dam/de/sd-web/-uy97trD1VMc/Leitlinien%2520K%C3%BCnstliche%2520Intelligenz%2520%2520DE[1].pdf/Leitlinien%20K%C3%BCnstliche%20Intelligenz%20-%20DE.pdf) [Abgerufen am 28.11.2025].

²⁸Schweizerische Eidgenossenschaft. 2025. Strategie Einsatz von KI-Systemen in der Bundesverwaltung Online: <https://www.bk.admin.ch/bk/de/home/digitale-transformation-ikt-lenkung/vorgaben/sb021-strategie-einsatz-von-ki-systemen-in-der-bundesverwaltung.html> [Abgerufen am 20.11.2025].

²⁹Bundeskanzlei. 2024. Merkblatt DeepL Pro Translate und DeepL Write. Online: <https://cnaai.swiss/wp-content/uploads/2024/06/Merkblatt-DeepL-V2-DE.pdf> [Abgerufen am 18.11.2025].

Generell wird die Mehrsprachigkeit in den strategischen Texten zur KI weder auf internationaler noch auf nationaler Ebene ausdrücklich erwähnt. Dies zeigt, dass man allgemeine Regelungen definieren wollte, die auf eine Vielzahl von Kontexten und Situationen anwendbar sind. Dies gilt für die Vereinten Nationen, deren Roadmaps zur KI nicht das in ihrer Charta verankerte Grundprinzip der Mehrsprachigkeit widerspiegeln.³⁰ Belgien und Luxemburg verfolgen eine ähnliche Logik, da weder die von Belgien im Juli 2025 verabschiedete Charta für verantwortungsvolle KI im öffentlichen Dienst³¹ noch die von Luxemburg im August 2025 lancierte Initiative AI4Gov³² ausdrücklich auf (mehr)sprachliche Herausforderungen eingehen. Die Schweiz folgt ebenfalls diesem Trend: Weder das Rahmenübereinkommen des Europarats noch die Teilstrategie des Bundes für den Einsatz von KI in der Bundesverwaltung haben bislang zur Definition von Regeln oder Mechanismen geführt, die speziell auf die Verknüpfung von KI und Mehrsprachigkeit ausgerichtet sind. Diese Texte stützen sich auf übergreifende Grundprinzipien (Grundrechte, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit), um alle Herausforderungen der Inklusion abzudecken, darunter auch die verschiedenen Sprachgemeinschaften. So können die bestehenden Empfehlungen, die sich im Wesentlichen auf Sicherheit, Vertraulichkeit oder Datenschutz konzentrieren, zwar die Sprachpraktiken beeinflussen, stellen jedoch deswegen noch keine Schutzmassnahmen in Bezug auf Repräsentativität oder den Erhalt sprachlicher Kompetenzen dar. Obwohl die Steuerung der Mehrsprachigkeit formal weiterhin gut etabliert ist (mit quantifizierten Zielen und festgelegten Überwachungsinstrumenten), ist sie nicht mehr unbedingt an die durch linguistische KI veränderten Arbeitsumgebungen angepasst. Diese Technologien verändern bereits bestimmte Sprachpraktiken (siehe 4.1 und 4.2), und mangels technologisch-sprachlicher Schutzmassnahmen könnten sich diese Entwicklungen dauerhaft etablieren, obwohl sie nicht vollständig mit den Zielen des Referenzrahmens für Mehrsprachigkeit im Einklang stehen.

In der Schweiz gibt es jedoch Überlegungen, die den Einsatz von KI in einen direkteren Zusammenhang mit den Risiken algorithmischer Diskriminierung stellen. Die im November 2025 von der Eidgenössischen Kommission für Frauenfragen (EKF) und der Eidgenössischen Kommission gegen Rassismus (EKR) formulierten Empfehlungen betonen daher die Notwendigkeit, den Schutz vor Diskriminierungen insbesondere aufgrund des Geschlechts und der Herkunft zu verstärken³³. Zwar stellen diese Arbeiten einen bedeutenden Fortschritt bei der Anerkennung der potenziellen diskriminierenden Auswirkungen algorithmischer Systeme dar,

³⁰Vereinte Nationen. 2024. United Nations White Paper AI Governance. Online: <https://unsceb.org/united-nations-system-white-paper-ai-governance> [Abgerufen am 24.11.2025].

³¹BOSA. 2025. Charte pour l'utilisation responsable de l'intelligence artificielle dans les services publics. Online: <https://bosa.belgium.be/fr/publications/charte-pour-lutilisation-responsable-de-lintelligence-artificielle-dans-les-services> [Abgerufen am 18.11.2025].

³²Luxemburger Regierung. 2025. L'initiative AI4Gov. Online: https://gouvernement.lu/fr/dossiers.gouv2024_mindigital+fr+dossiers+2021+AI4Gov.html [Abgerufen am 19.12.2025].

³³Schweizerische Eidgenossenschaft. 2025. Empfehlungen Schutz vor algorithmischer Diskriminierung. Online: https://www.ekr.admin.ch/pdf/D_Empfehlungen_Schutz_vor_algorithmischer_Diskriminierung.pdf [Abgerufen am 19.12.2025].

allerdings gehen sie nicht auf die Frage der Landessprachen und der Sprachgemeinschaften ein, obwohl diese in einem vielsprachigen Kontext wie dem der Schweiz von zentraler Bedeutung sind. Der gemeinsame Aufruf der EKF und der EKR zur Ausarbeitung eines allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (oder Antidiskriminierungsgesetzes)³⁴ eröffnet jedoch eine relevante politische und rechtliche Perspektive, um den Rahmen der Überlegungen zu erweitern und die Herausforderungen im Zusammenhang mit KI, Diskriminierung und Mehrsprachigkeit klarer zu artikulieren. In Verbindung mit der aktuellen Umsetzungsphase des Rahmenübereinkommens des Europarats über KI und der Strategie des Bundes für den Einsatz von KI in der Bundesverwaltung bietet diese Dynamik eine Gelegenheit, die Prinzipien der Mehrsprachigkeit expliziter in den digitalen Wandel der Bundesverwaltung zu integrieren.

In der Praxis führt diese fehlende strategische Verknüpfung von KI und Mehrsprachigkeit zu einer fragmentierten Steuerung innerhalb der Verwaltungen. Tatsächlich entwickeln sich die für die digitale Entwicklung zuständigen Stellen und die für die Mehrsprachigkeit verantwortlichen Stellen parallel zueinander, ohne dass es formelle Koordinierungsmechanismen gibt. Diese Abschottung zeigt sich bei der UNO, wo die Sprachdienste nicht ausdrücklich als formelle Partner der interinstitutionellen Arbeitsgruppe für KI (IAWG-AI) genannt werden.³⁵ In der EU werden sprachliche Herausforderungen in einer Steuerung der KI, die sich vor allem auf Regulierung, Sicherheit und Wettbewerbsfähigkeit konzentriert, weiterhin nur am Rande berücksichtigt.³⁶ In dieser Hinsicht stellt Kanada eine Ausnahme dar. Dort findet derzeit eine interinstitutionelle Koordination statt, um die Auswirkungen der KI auf die Zweisprachigkeit auf Bundesebene zu analysieren. Das Treasury Board erarbeitet daher gemeinsam mit allen betroffenen Partnern einen Referenzrahmen und Leitlinien, die darauf abzielen, diese Überlegungen in die nationale kanadische Sprachpolitik zu integrieren. In der Schweiz bestätigte sich in den Fokusgruppen-Gesprächen, dass die Mehrsprachigkeit in die «digitale Mechanik» des Bundes integriert ist, was bedeutet, dass sich der Einsatz von KI-Tools in die vielsprachigen Praktiken der Bundesverwaltung eingliedern lassen muss. Allerdings gibt es derzeit keine Lenkungs- oder Aufsichtsinstanz, die eine bereichsübergreifende Überwachung der Wechselwirkungen zwischen KI und Mehrsprachigkeit gewährleistet. Es gibt bereichsübergreifende Initiativen wie das CNAI, das Anfang 2026 innerhalb der Bundeskanzlei gestärkt und neu positioniert werden soll, um die strategische Lenkung und Koordination der Aktivitäten im Zusammenhang mit der Nutzung von KI in der Bundesverwaltung zu festigen.³⁷ Mitarbeitende, die mit spezifischen

³⁴Schweizerische Eidgenossenschaft. 2025. Rechtsgutachten Schutz vor algorithmischer Diskriminierung. Online: https://www.ekr.admin.ch/pdf/D_Gutachten_Schutz_vor_algorithmischer_Diskriminierung.pdf [Abgerufen am 19.12.2025].

³⁵Vereinte Nationen. 2024. Inter-Agency Working Group on Artificial Intelligence. Online: <https://unsceb.org/sites/default/files/2021-07/IAWG-AI%20ToR.pdf> [Abgerufen am 24.11.2025].

³⁶Europäische Kommission. 2024. KI-Verordnung. Online: https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=OJ%3AL_202401689 [Abgerufen am 24.11.2025].

³⁷Schweizerische Eidgenossenschaft. 2025. Bund plant gezielte Massnahmen für den Einsatz von KI in der Bundesverwaltung und stärkt Koordination. Online: <https://www.news.admin.ch/de/newsb/nTc28qni5hdpzQ0tH6RGa> [Abgerufen am 20.12.2025].

Herausforderungen im Zusammenhang mit Mehrsprachigkeit und KI konfrontiert sind, werden ermutigt, sich aktiv in dieses Netzwerk einzubringen, obwohl das Mandat des CNAI weiterhin hauptsächlich auf die Vernetzung der verschiedenen Beteiligten und den Austausch von Fachwissen rund um KI-Projekte ausgerichtet ist, ohne speziell sprachliche Fragen zu behandeln. In Ermangelung einer speziellen Struktur erfolgt die Integration der KI-Tools in die vielsprachigen Praktiken uneinheitlich, abhängig von den Ressourcen und Prioritäten der einzelnen Bundesämter. Diese isolierte Arbeitsweise macht es schwierig, die Auswirkungen der KI auf die alltäglichen Sprachpraktiken zu bewerten, verhindert die Anpassung der Nutzungen an die institutionellen Anforderungen hinsichtlich der Gleichstellung der Sprachen und kann langfristig die Kohärenz der Mehrsprachigkeitspolitik schwächen.

«Derzeit sind in der Teilstrategie des Bundes zur Nutzung von KI-Systemen keine expliziten Massnahmen zur Mehrsprachigkeit vorgesehen. Es ist jedoch nicht ausgeschlossen, dass dies in Zukunft in Betracht gezogen wird, da die Strategie nun in die Ausführungsphase übergeht.»

Das vorstehende Zitat stammt aus einem Fokusgruppen-Gespräch zu Fragen der Steuerung und zeigt, dass sich die Nutzung der KI schneller entwickelt als die institutionellen Regelungen zu deren Steuerung, wodurch eine Grauzone entsteht, in der sich Praktiken ohne echte sprachliche Steuerung etablieren. Diese Diskrepanz kann langfristig die Kluft zwischen den Praktiken und den formalen Zielen der Mehrsprachigkeit vertiefen. Diese Situation wirft im weiteren Sinne die Frage nach dem Niveau der Steuerung auf. Tatsächlich gehen die Auswirkungen der KI auf die Mehrsprachigkeit über den alleinigen Rahmen der Bundesverwaltung hinaus und könnten Gegenstand einer umfassenderen strategischen Überlegung auf nationaler Ebene sein. Da es derzeit jedoch keine umfassende nationale Strategie im Bereich der KI gibt, werden diese Herausforderungen weiterhin fragmentarisch behandelt.

5.2 Entwicklung des Personalmanagements und des Managements sprachlicher Ressourcen im KI-Zeitalter

Dieser Unterabschnitt analysiert, wie die linguistische KI den HR-Rahmen der Bundesverwaltung neu gestaltet, insbesondere in ihrer zentralen Rolle zur Gewährleistung der sprachlichen Repräsentativität sowie des ausgewogenen Gebrauchs der Amtssprachen innerhalb der Verwaltungseinheiten. Er untersucht die Auswirkungen dieser Tools auf die sprachlichen Profile der rekrutierten Mitarbeitenden sowie auf die Zusammensetzung der Teams.

Die Personalrekrutierung ist eines der wichtigsten Instrumente der Mehrsprachigkeitspolitik. Entgegen einer weit verbreiteten Vorstellung verringert KI nicht den Bedarf an menschlichen Sprachkompetenzen, sondern verstärkt diesen sogar. Eine OECD-Studie über Kanada zeigt, dass in den am stärksten von KI betroffenen Sektoren die Nachfrage

nach sozialen, kommunikativen und sprachlichen Kompetenzen steigt, da die Automatisierung den Bedarf an Nuancen und menschlichem Urteilsvermögen verstärkt.³⁸ Diese Logik gilt auch für die Schweiz, wo das Prinzip «Human-in-the-Loop» die Aufrechterhaltung ausreichender sprachlicher Fachkompetenz vorschreibt, um die Verantwortung für KI-generierte Inhalte zu übernehmen. Was die Vertretung der Sprachgemeinschaften betrifft, so erreicht die Bundesverwaltung im Allgemeinen ihre Zielwerte, auch wenn zwischen den Departementen weiterhin Unterschiede bestehen³⁹. Der Mangel an qualifizierten Fachkräften trägt teilweise zu diesen Ungleichheiten bei. Er veranlasst einige Ämter dazu, bei Personalengpässen manchmal technische Fachkenntnisse gegenüber sprachlichen Kompetenzen zu priorisieren, in der Hoffnung, dass die Sprachkenntnisse später durch interne Schulungen erworben werden.

In diesem Zusammenhang ermöglicht die KI, für bestimmte technische Berufe hochqualifizierte, aber nicht deutschsprachige Bewerberinnen oder Bewerber aus dem europäischen Ausland in Betracht zu ziehen. Die Teilnehmenden der Fokusgruppen-Gespräche betonen ferner, dass diese Tools bestimmte strukturelle Barrieren für italienisch- oder französischsprachige Schweizerinnen und Schweizer abbauen können, welche die deutsche Sprache nicht vollständig beherrschen. Diese Dynamik scheint jedoch bei Führungspositionen weniger ausgeprägt zu sein, wo fundierte Sprachkenntnisse und ein differenziertes kulturelles Verständnis nach wie vor als unverzichtbar gelten, um Teams zu leiten. Schliesslich wird die sprachliche Zusammensetzung des Personals nach wie vor stark von der Lage der Einheiten und von Managemententscheidungen beeinflusst, die wiederum mit den Sprachkenntnissen der Führungskräfte und deren Sensibilität gegenüber Minderheiten verbunden sind (Kübler, Kobelt und Zwicky 2020).

Das Prinzip der Mehrsprachigkeit beruht auch auf der institutionellen Garantie, dass die Landessprachen innerhalb der Teams tatsächlich verwendet werden. Während in Kanada das Recht, sich am Arbeitsplatz in der eigenen Sprache auszudrücken, ein einklagbares individuelles Recht ist, für das es in zweisprachigen Regionen ein spezielles Beschwerdeverfahren gibt,⁴⁰ handelt es sich in der Schweiz eher um ein allgemeines Steuerungsprinzip, das der Teamkultur untergeordnet ist. So bestätigen die Fokusgruppen-Gespräche, dass bestimmte Einheiten in sprachlicher Hinsicht sehr homogen bleiben, obwohl sie Dossiers in mehreren Amtssprachen bearbeiten. Auch wenn diese «Sprachnester» bereits vor der Einführung der KI existierten, betonen einige Teilnehmende, dass die Technologien der maschinellen Übersetzung und des computergestützten Dolmetschens zur Abschwächung der «operativen Notwendigkeit» beitragen, eine sprachliche Mischung innerhalb der Teams

³⁸OECD. 2024. Artificial intelligence and the changing demand for skills in Canada. Online: https://www.oecd.org/content/dam/oecd/en/publications/reports/2024/05/artificial-intelligence-and-the-changing-demand-for-skills-in-canada_fbcc665c/1b20cdb6-en.pdf [Abgerufen am 25.11.2025].

³⁹Schweizerische Eidgenossenschaft. 2023. Evaluationsbericht 2019–2023 zur Mehrsprachigkeitspolitik und strategische Ziele 2024–2027 des Bundesrates. Online: <https://www.plurilingua.admin.ch/de/evaluation-monitoring-und-koordination> [Abgerufen am 25.11.2025].

⁴⁰Commissariat aux langues officielles. n.d. Plaintes et enquêtes. Online: <https://www.clo-ocol.gc.ca/fr/plaintes-enquetes/avant-porter-plainte> [Abgerufen am 25.11.2025].

aufrechtzuerhalten. Dadurch bleibt den Ämtern tendenziell noch mehr Spielraum, sich entsprechend ihren Präferenzen und unmittelbaren funktionalen Bedürfnissen zu organisieren – und die Anforderungen der Mehrsprachigkeit weniger stark zu gewichten. Diese Dynamik zeigt sich besonders deutlich in technischen oder wissenschaftlichen Bereichen, wo international zusammengesetzte Teams zunehmend auf Englisch arbeiten, das de facto zu einer impliziten Arbeitssprache geworden ist, obwohl es keine Amtssprache ist. In diesem Umfeld, in dem ein Teil des Bedarfs an Sprachdienstleistungen von KI übernommen wird, beruht die vielsprachige Arbeitsweise weniger auf den im Team vorhandenen aktiven Sprachkompetenzen, was zu einer Verringerung des tatsächlichen Gebrauchs bestimmter Landessprachen und damit auch zu einer Verringerung der institutionellen Sichtbarkeit der Mehrsprachigkeit führen kann. Diese Überlegung knüpft an die aktuellen Debatten in Kanada an, wo der *Commissaire aux langues officielles* vor der Gefahr warnt, dass eine verstärkte Nutzung von KI zum Rückgang des tatsächlichen Gebrauchs der französischen Sprache im öffentlichen Dienst führen könnte. In einem Umfeld, in dem KI es nahezu einsprachigen Teams technisch ermöglicht, in einem vielsprachigen Umfeld zu funktionieren, erscheint die Rolle der Führungskräfte umso entscheidender, um eine «Amtskultur» aufrechtzuerhalten, die mit den institutionellen Zielen der Mehrsprachigkeit des Bundes im Einklang steht.

«Wenn ich einen Lebenslauf von einer Person erhalte, die Italienisch und Französisch spricht, aber kein Deutsch, kann ich mir ohne DeepL nicht vorstellen, wie [ihre Anstellung] möglich sein soll. Mit diesen Tools denke ich mir: Warum nicht? Das ermöglicht diesen Personen den Zugang zu Stellen in der Verwaltung.»

Das vorstehende Zitat einer italienischsprachigen Person, die an den Fokusgruppen-Gesprächen teilgenommen hat, zeigt, dass KI die Einbindung neuer Profile erleichtern kann. Allerdings kann sie auch zu einer Verringerung des internen Gebrauchs bestimmter Landessprachen führen, indem sie innerhalb der Teams eine einsprachige Arbeitsweise ermöglicht. Um das Gleichgewicht der Mehrsprachigkeit sowohl in Bezug auf die Repräsentativität als auch auf die tatsächliche Praxis zu wahren, erfordern diese Entwicklungen eine verstärkte institutionelle Begleitung, insbesondere durch eine verstärkte Sensibilisierung für sprachliche und kulturelle Herausforderungen (vor allem bei Führungskräften) sowie durch mögliche Anreize zur Förderung des Lernens und der aktiven Anwendung der Landessprachen im Alltag.

6. Normative Auswirkungen der KI auf die Mehrsprachigkeit in der Bundesverwaltung

Die Schweiz ist eine Willensnation und keine Nation auf der Grundlage ethnischer oder sprachlicher Homogenität. Aufgrund dieser Sichtweise steht der Respekt vor sprachlichen Minderheiten im Mittelpunkt des helvetischen Gesellschaftsvertrags und prägt eine zentrale kulturelle Norm: die der sprachlichen Harmonie. Tatsächlich basiert das politische System der Schweiz auf einer relativen Entpolitisierung des Sprachproblems, im Gegensatz zu Ländern wie Kanada oder Belgien, wo sprachliche Gräben den Wettstreit zwischen den Parteien prägen und Forderungen einzelner Gemeinschaften schüren (Stojanović 2021). Diese «pax linguistica» stützt sich auf ein funktionales Territorialitätsprinzip, das in Verbindung mit dem Föderalismus, der die politische Autonomie der Gebiete garantiert, den verschiedenen Gemeinschaften ermöglicht, ihre eigene Identität zu bewahren und gleichzeitig das gegenseitige Verständnis zwischen den Sprachregionen zu fördern.

Diese erste Säule der Sprachordnung der Schweiz wird durch die Mehrsprachigkeit der Bundesbehörden ergänzt. Die Bundesbehörden fungieren als «Aushängeschild» der Schweiz, was bedeutet, dass ihre Legitimität zum Teil auf ihrer Fähigkeit beruht, in den verschiedenen Landessprachen zu kommunizieren, kulturelle Besonderheiten zu berücksichtigen und regionalen Interessen Rechnung zu tragen. Die Mehrsprachigkeit ist somit ein spezifischer öffentlicher Auftrag, der den Bund als Garanten für die Gleichstellung der Sprachen, die gegenseitige Anerkennung der Gemeinschaften und den nationalen Zusammenhalt verpflichtet. Diese Rolle ist in der Verfassung verankert, die dem Bund ausdrücklich die Verantwortung für den Schutz und die Förderung der sprachlichen Vielfalt überträgt.

Die Einführung linguistischer KI-Tools innerhalb der Bundesverwaltung findet somit in diesem besonderen normativen Rahmen statt. Über die zu beobachtenden Auswirkungen auf die täglichen Praktiken (Abschnitt 4) oder auf die institutionellen Regelungen (Abschnitt 5) hinaus wirft ihre rasche Verbreitung auch tiefgreifendere Fragen darüber auf, wie der Bund seinen öffentlichen Auftrag versteht und wahrnimmt. Obwohl diese Entwicklungen noch nicht vollständig evaluiert werden können, eröffnet die Pilotstudie Denkansätze zu den sich vollziehenden Veränderungen im Hinblick auf das Verhältnis zu Sprachen und kulturellen Praktiken (Abschnitt 6.1) sowie zu den Referenzrahmen, die das staatliche Handeln angesichts der fortschreitenden technologischen Revolution leiten (Abschnitt 6.2).

6.1 Entwicklung des Verhältnisses zur Sprache im KI-Zeitalter

Dieser Unterabschnitt bietet Denkansätze dazu, wie linguistische KI das kulturelle und symbolische Verhältnis zu Sprachen neu gestalten könnte. Er befasst sich insbesondere mit den Ausdrucksformen, der Tiefe des sprachenübergreifenden Verständnisses sowie den Formen der Anerkennung und Wertschätzung der Landessprachen und ihrer Kulturen.

Die Fokusgruppen-Gespräche zeigen eine durch KI hervorgerufene Dynamik der fortschreitenden Vereinheitlichung der Sprache auf. So sprechen mehrere Teilnehmende von einer «DeepLisierung» der Sprache, um das Aufkommen eines gleichförmigen Schreibstils zu beschreiben, der sich durch korrekte und verständliche Formulierungen auszeichnet, aber nicht mehr unbedingt die Sprache widerspiegelt, wie sie von Personen mit dieser Erstsprache gelebt und praktiziert wird. Diese Feststellung deckt sich mit Analysen, die zeigen, dass KI-Modelle zu einem einheitlichen Ausdrucksstil führen, der dazu neigt, regionale oder kulturelle sprachliche Besonderheiten zu nivellieren.⁴¹ Einige Teilnehmende betonen jedoch, dass diese Vereinfachung in einem vielsprachigen Umfeld manchmal das gegenseitige Verständnis erleichtern kann, indem sie Praktiken «einfacher Sprache» institutionalisiert, bei denen sich alle in ihrer Sprache ausdrücken, dies jedoch auf verständlichere Weise. Dennoch wirft dieser Trend Fragen auf hinsichtlich der Bewahrung des kulturellen Reichtums der Amtssprachen in einer Zeit, in der sich die Standards für die Schriftsprache (und bald auch für die gesprochene Sprache aufgrund von Speech-to-Text- und Speech-to-Speech-Technologien) zunehmend an KI-Modelle angleichen. Vor diesem Hintergrund warnen einige Fachleute vor der Gefahr eines «linguistischen Ouroboros», bei dem die Modelle aus Inhalten lernen würden, die sie selbst erzeugt haben, was einen Kreislauf verstärken würde, der die KI noch weiter von der authentischen menschlichen Sprache entfernt.⁴²

Die KI erleichtert zwar die Kommunikation, ersetzt jedoch nicht die kulturelle Tiefe, die durch das Erlernen und den direkten Gebrauch der Sprache des anderen entsteht.⁴³ Bei den Fokusgruppen-Gesprächen wird deutlich, dass Mehrsprachigkeit nicht nur die Fähigkeit bedeutet, sich gegenseitig zu verstehen, sondern vor allem eine Form des kulturellen Zusammenlebens darstellt, die auf gegenseitiger Anerkennung und Bemühungen beruht. Wer die Sprache des Gesprächspartners spricht, erhält Zugang zu Nuancen, Anspielungen und kulturellen Feinheiten, die keine maschinelle Übersetzung (selbst wenn sie präzise ist) vollständig wiedergeben kann. KI-Systemen fällt es besonders schwer, Metaphern, Humor oder kulturelle Bezüge zu erfassen, die eine gelebte soziale Erfahrung voraussetzen.⁴⁴ Indem die KI die Kosten für das sprachenübergreifende Verständnis senkt, stellt sie die normative Argumentation in Frage, die dem Prinzip «Jede/-r in der eigenen Sprache» zugrunde liegt.

⁴¹Forbes. 2024. How Generative AI And LLMs Are Reinventing Our Vocabulary Such That We Might Lose Our Grasp On Human Languages. Online: <https://www.forbes.com/sites/lanceoliot/2024/12/29/how-generative-ai-and-llms-are-reinventing-our-vocabulary-such-that-we-might-lose-our-grasp-on-human-languages/> [Abgerufen am 19.11.2025].

⁴²The Conversation. 2025. Vocabulaire et diversité linguistique : comment l'IA appauvrit le langage. Online: <https://theconversation.com/vocabulaire-et-diversite-linguistique-comment-lia-appauvrit-le-langage-252944> / [Abgerufen am 27.11.2025].

⁴³The Conversation. 2025. What AI earbuds can't replace: The value of learning another language. Online: <https://theconversation.com/what-ai-earbuds-cant-replace-the-value-of-learning-another-language-264965> [Abgerufen am 27.11.2025].

⁴⁴Translata. 2024. The Cultural Nuances AI Can't Capture: Why Human Translators Are Irreplaceable. Online: <https://www.translata.eu/blog/the-cultural-nuances-ai-cant-capture-why-human-translators-are-irreplaceable#:~:text=Language%20is%20deeply%20rooted%20in,understanding%20that%20human%20translators%20possess> [Abgerufen am 27.11.2025].

Dieses beruhte traditionell auf gegenseitigem sprachlichem Engagement, wobei das Verständnis des anderen die Bemühung voraussetzte, dessen Sprache zu erlernen. In einem zunehmend KI-gestützten Arbeitsumfeld beruhen Kommunikation und funktionales Verständnis tendenziell weniger auf einer gemeinsamen Grundlage sprachlicher Kompetenzen als vielmehr auf der Leistungsfähigkeit der eingesetzten Tools. Indem jede Person damit in allen Landessprachen kommunizieren kann, auch ohne diese vollständig zu beherrschen, besteht die Gefahr, dass die KI den Anreiz zur sprachlichen Gegenseitigkeit nach und nach untergräbt. Abgesehen von einer möglichen Erosion der Sprachkompetenzen könnte darüber hinaus das interkulturelle Verständnis, das die Grundlage der Mehrsprachigkeit in der Bundesverwaltung bildet, insgesamt geschwächt werden.

Mehrere Teilnehmende der Fokusgruppen-Gespräche betonen darüber hinaus, dass gerade die den verschiedenen Sprachregionen eigenen Denkweisen eine Bereicherung für die Arbeit der Bundesverwaltung darstellen: Ein und dasselbe Dossier wird von Personen aus der italienischen Schweiz, der Deutschschweiz oder der Romandie in der Regel unterschiedlich behandelt, da verschiedene kulturelle Hintergründe in die jeweiligen Blickwinkel einfließen. In diesem Sinne erscheinen sprachlich gemischte Verwaltungseinheiten als wesentliche Voraussetzung dafür, dass die Bundesverwaltung ein Spiegelbild der Sprachgemeinschaften ist, denen sie dient, und in der Lage ist, die spezifischen Sensibilitäten und Anliegen der verschiedenen Sprachregionen sowohl in der täglichen Verwaltungspraxis als auch bei der Ausarbeitung staatlicher Politik angemessen zu berücksichtigen. Genau diese Dynamik des Austauschs und des gegenseitigen Verständnisses droht jedoch durch den Einsatz linguistischer KI geschwächt zu werden, indem sie eine weitgehend einsprachige Arbeitsweise der Verwaltungseinheiten erlaubt. Der Einsatz linguistischer KI fördert somit eine Logik des «minimalen Verständnisses», das zwar für die funktionale Kommunikation ausreicht, aber nicht, um eine tiefere Beziehung aufzubauen. Daher besteht die Gefahr, dass die KI bestimmte Interaktionen ersetzt, die den interkulturellen Dialog fördern, und damit den Zusammenhalt zwischen den Sprachgemeinschaften und im weiteren Sinne das Vertrauen in die Bundesverwaltung nach und nach untergräbt. In diesem Zusammenhang erwähnen einige Teilnehmende, dass es sinnvoll wäre, die Sprachausbildung durch Regelungen zur Mediation und interkulturellen Sensibilisierung zu ergänzen, um ein echtes Verständnis über die reine Kommunikation hinaus zu bewahren.

«Mit der Maschine wird die Kommunikation etwas flach. So ist es beispielsweise schwieriger, einen Witz zu machen, und das hält uns auch davon ab, in die Kultur der anderen einzutauchen. Verstehen wir uns wirklich noch über die Kommunikation hinaus?»

Wie diese Person betont, die an den Fokusgruppen-Gesprächen teilgenommen hat, ist die Beherrschung einer Sprache, abgesehen von ihrem praktischen Nutzen, ein Zeichen von Respekt und Offenheit, das Verbindungen schafft, den Zugang zu unterschiedlichen kulturellen Perspektiven eröffnet und das gegenseitige Verständnis stärkt. Die kognitiven Vorteile der Mehrsprachigkeit (Flexibilität, Kreativität, Verringerung von Vorurteilen) erinnern daran, dass Sprache nicht nur ein Kommunikationsmittel, sondern auch ein Träger von Kultur ist.⁴⁵ Zwar kann linguistische KI eine wertvolle Hilfe sein, um die Kommunikation flüssiger zu gestalten, doch muss sie als Unterstützung und nicht als Ersatz für das Erlernen der Landessprachen betrachtet werden.

6.2 Entwicklung der öffentlichen Zielsetzungen im KI-Zeitalter

Dieser Unterabschnitt befasst sich mit der Frage, wie linguistische KI die Stellung der Mehrsprachigkeit als Teil der Daseinsberechtigung des öffentlichen Dienstes neu definieren könnte. Er untersucht Herausforderungen der sprachlichen Souveränität und die Entwicklungen der kulturellen Rolle des Bundes in einem sich wandelnden technologischen Umfeld.

Die massive Einführung von maschinellen Übersetzungstools in der Bundesverwaltung führt zur Auslagerung eines Teils der Erstellung vielsprachiger Inhalte an im Ausland entwickelte Modelle, die anhand von Korpora trainiert wurden, welche nicht die für die Schweiz spezifischen regionalen und kulturellen Nuancen widerspiegeln. Diese Situation führt in der Praxis zur Entstehung einer technologisch-sprachlichen Hierarchie, in der dominante Sprachen (Deutsch) die Funktionsweise der Tools bestimmen, während andere (Italienisch, Rätoromanisch und in geringerem Masse Französisch) an den Rand gedrängt werden. Eine solche Asymmetrie steht in direktem Widerspruch zu den verfassungsrechtlichen Prinzipien der Gleichstellung der Landessprachen (Art. 4) und des Schutzes der Minderheitensprachen (Art. 70). Die Teilnehmenden weisen auch auf ein noch weiterreichendes Problem der Souveränität hin, da öffentliche linguistische Korpora Systeme speisen, die sich «entsprechend ihren eigenen Standards» verbessern, ohne dass der Bund Kontrolle über deren Ausrichtung, Verzerrungen oder zukünftige Entwicklungen hat. Zwar sind nationale Lösungen (wie z.B. Apertus) im Entstehen begriffen, doch sind diese weniger leistungsfähig, insbesondere aufgrund strengerer ethischer Auflagen und eines deutlich geringeren Volumens an Trainingsdaten im Vergleich zu den grossen kommerziellen Plattformen.⁴⁶ Diese Bedenken stehen im Einklang mit den europäischen Debatten über «digitale und technologische

⁴⁵Europäisches Forum für Mehrsprachigkeit. Le multilinguisme est bon pour le cerveau. Online: <https://www.observatoireplurilinguisme.eu/dossiers-thematiques/education-et-recherche/88888982-acquisition-des-langues/2653-le-multilinguisme-est-bon-pour-le-cerveau-etude-internationale> [Abgerufen am 27.11.2025].

⁴⁶24 heures. 2025. Pour l'instant, l'IA suisse Apertus ne convainc pas. Online: <https://www.24heures.ch/apertus-l-ia-suisse-ne-convainc-pas-pour-l-instant-860916882188> [Abgerufen am 28.11.2025].

Souveränität»⁴⁷ sowie über die Gleichberechtigung der Sprachen im digitalen Raum.⁴⁸ In der Schweiz haben diese Überlegungen dazu geführt, dass der Bundesrat Leitlinien für die digitale Souveränität verabschiedet hat. Dieser verbindliche Rahmen trat am 1. Januar 2026 in Kraft und zielt darauf ab, die Kontroll- und Handlungsfähigkeit der Bundesverwaltung angesichts technologischer Abhängigkeiten zu stärken, indem Kriterien wie Unabhängigkeit, Resilienz oder Datenschutz in alle digitalen Projekte integriert werden.⁴⁹ In den Leitlinien wird jedoch präzisiert, dass diese Kriterien von Fall zu Fall unter Berücksichtigung des Kontextes des Projekts und der verfolgten Ziele abzuwägen sind, was Kompromisse zwischen teilweise konkurrierenden Zielen impliziert (beispielsweise zwischen Unabhängigkeit und Kosten oder zwischen Innovation und Datenschutz). Was die linguistische KI betrifft, so stellt dieser kontextbezogene Ansatz die Verwaltung vor ein strategisches Dilemma: Sie kann entweder leistungsstarken Modellen den Vorzug geben, die jedoch an andere kulturelle Kontexte angepasst sind, oder in eine souveräne linguistische Infrastruktur investieren, die das sprachliche und kulturelle Erbe der Schweiz nachhaltig schützt. Mehrere Stimmen unterstreichen die Dringlichkeit eines staatlichen Eingreifens, um die Kontrolle über diese Tools zurückzugewinnen, die mittlerweile fester Bestandteil der Mehrsprachigkeit des Bundes sind.

Der Vormarsch linguistischer KI-Tools ist somit Teil einer umfassenderen Entwicklung im staatlichen Handeln, die durch ein zunehmendes Streben nach Effizienz und Leistungsfähigkeit gekennzeichnet ist (Bezes und Musselin 2015). Diese Ausrichtung geht einher mit wachsendem Druck auf das Budget, der die Bundesverwaltung dazu veranlasst, ihre Prozesse zu rationalisieren und ihre Kosten zu senken.⁵⁰ Verstärkt wird dieses Bestreben durch Modernisierungsmassnahmen, insbesondere wenn diese auf technologischen Lösungen basieren, da sie die Optimierung der Dienste und die Vereinfachung der Leistungserbringung fördern. Die Anschaffung von DeepL Pro veranschaulicht diesen Trend auf perfekte Weise. Für eine einmalige und relativ moderate Investition (1 908 000 Franken für zwei Jahre mit der Möglichkeit einer Verlängerung bis 2033⁵¹) bietet das Tool «eine aussergewöhnliche Rentabilität», indem es die Bearbeitung wachsender Textmengen ohne Personalaufstockung ermöglicht und den Druck auf die Teams verringert. Dieses Streben nach immer grösserer Effizienz verlangt jedoch auch eine gewisse Wachsamkeit. In einem vielsprachigen Umfeld, in dem Leistung zum bestimmenden Faktor wird, muss vermieden werden, dass die alltäglichen

⁴⁷Europäisches Parlament. 2025. Bericht über die technologische Souveränität Europas und die digitale Infrastruktur Online: https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/A-10-2025-0107_DE.html [Abgerufen am 28.11.2025].

⁴⁸Europäisches Parlament. 2017. Gleichstellung von Sprachen im digitalen Zeitalter. Online https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-8-2018-0332_DE.html [Abgerufen am 28.11.2025].

⁴⁹Schweizerische Eidgenossenschaft. 2020. Leitlinien für die digitale Souveränität in der Bundesverwaltung. Online: https://www.news.admin.ch/de/newsb/JxuzVHVIGShum_flh_WDu [Abgerufen am 22.12.2025].

⁵⁰Schweizerische Eidgenossenschaft. 2024. Aufgaben- und Subventionsüberprüfung: Bundesrat begrüsst Bericht der Expertengruppe. Online: <https://www.news.admin.ch/de/nsb?id=102357> [Abgerufen am 28.11.2025].

⁵¹Schweizerische Eidgenossenschaft. 2024. Bundeskanzlei beschafft das maschinelle Übersetzungssystem DeepL Pro für die Bundesverwaltung. Online: <https://www.news.admin.ch/de/nsb?id=99327> [Abgerufen am 28.11.2025].

Sprachpraktiken hauptsächlich unter dem Gesichtspunkt der Kosten beurteilt werden. Eine solche Entwicklung würde die Sprache auf ihre rein kommunikative Funktion reduzieren und sie zu einer Optimierungsvariable degradieren. Dann bestünde nämlich die Gefahr, dass bestimmte (kostspieligere und nicht automatisierbare) Aktivitäten zur Förderung der Mehrsprachigkeit als einzusparende Kosten eingestuft würden. Derzeit deutet nichts darauf hin, dass eine solche Verschiebung stattfindet; der Bund weist im Übrigen immer wieder darauf hin, dass KI eine Unterstützung bleiben muss und kein Ersatz für menschliche Arbeit sein darf.⁵² Wie eine Person anmerkt, die an den Fokusgruppen-Gesprächenteilgenommen hat, eröffnen diese Überlegungen dennoch eine umfassendere Debatte über die Rolle der öffentlichen Verwaltung: Inwieweit kann diese sich unternehmerisch verhalten, ohne dabei ihre Aufgabe der Wahrung des Allgemeinwohls aus den Augen zu verlieren?

«Aber die Veränderungen werden noch tiefgreifender sein. Das wird uns erneut zur Definition einer öffentlichen Verwaltung zurückführen: Wozu dient die Bundesverwaltung? Mit Blick auf Kostensenkung und Effizienz wird die KI nicht bei der Sprache Halt machen; sie wird wahrscheinlich noch viele andere Bereiche verändern.»

Neben erheblichen Produktivitätssteigerungen und Einsparungen stellt die linguistische KI direkt den Auftrag der öffentlichen Verwaltung und den Stellenwert der Mehrsprachigkeit in einer Willensnation in Frage. Dies macht deutlich, wie wichtig es ist, bereits jetzt darüber nachzudenken, wie eine «KI-Kultur» institutionalisiert werden kann, die vollständig in den Grundwerten des öffentlichen Dienstes (Rechtmässigkeit, Gleichbehandlung und Nichtdiskriminierung, Transparenz, Neutralität und Unparteilichkeit) verankert ist.

7. Fazit

Die vorliegende Pilotstudie wurde vor dem Hintergrund einer zunehmenden Integration von KI in die Arbeitsabläufe der Bundesverwaltung durchgeführt. Technologien für maschinelle Übersetzung und computergestütztes Dolmetschen werden heute in der internen Kommunikation in grossem Umfang eingesetzt und kommen in verschiedenen Phasen des Verständnisses und der Erstellung mehrsprachiger Inhalte zum Einsatz. Die generelle Einführung von Tools wie DeepL, Google Translate oder fortschrittlichen kontextbezogenen Übersetzungssystemen verändert die Arbeitsabläufe und die Interaktionen zwischen Einheiten und Mitarbeitenden der verschiedenen Sprachgemeinschaften, ohne dass das Ausmass dieser

⁵²Schweizerische Eidgenossenschaft. 2025. Leitlinien «Künstliche Intelligenz» für den Bund. Online: [https://www.sbf.admin.ch/dam/de/sd-web/-uy97trD1VMc/Leitlinien%2520K%C3%BCnstliche%2520Intelligenz%2520%2520DE\[1\].pdf/Leitlinien%20K%C3%BCnstliche%20Intelligenz%20-%20DE.pdf](https://www.sbf.admin.ch/dam/de/sd-web/-uy97trD1VMc/Leitlinien%2520K%C3%BCnstliche%2520Intelligenz%2520%2520DE[1].pdf/Leitlinien%20K%C3%BCnstliche%20Intelligenz%20-%20DE.pdf) [Abgerufen am 28.11.2025].

Veränderungen bisher vollständig absehbar ist (Cabrera 2024). In einem Land, in dem die Mehrsprachigkeit sowohl einen verfassungsrechtlichen Grundpfeiler als auch einen Schlüsselfaktor für den nationalen Zusammenhalt darstellt (Kübler, Kobelt und Zwicky 2020; Stojanović 2021), werfen diese Entwicklungen grundlegende Fragen für das staatliche Handeln auf: Inwieweit müssen sich die Praxis und die Förderung der Mehrsprachigkeit wandeln, und welche Auswirkungen hat dies auf die Beziehungen zwischen den Sprachgemeinschaften? Diese Herausforderungen verlangen eine Analyse der konkreten Nutzung der linguistischen KI in der täglichen Arbeit der Bundesverwaltung und ihrer Verknüpfung mit den institutionellen Regelungen und normativen Referenzrahmen, auf denen ihre Mehrsprachigkeitspolitik basiert. Vor diesem Hintergrund hat die Delegierte des Bundes für Mehrsprachigkeit das Zentrum für Demokratie Aarau (ZDA) der Universität Zürich beauftragt, die vorliegende Pilotstudie durchzuführen. Ziel war eine erste Bestandsaufnahme der durch linguistische KI ausgelösten Veränderungen und das Anregen von Überlegungen zur Zukunft der Mehrsprachigkeit im KI-Zeitalter. Die Studie stützt sich auf einen dreistufigen analytischen Rahmen (organisatorisch, institutionell und normativ), um die Auswirkungen der KI auf 1) die Beziehungen zwischen Sprachgemeinschaften, 2) die Arbeitspraktiken und -bedingungen des Personals, 3) die Mechanismen zur Förderung der Mehrsprachigkeit und 4) die Vereinbarkeit dieser Entwicklungen mit den bestehenden rechtlichen Rahmenbedingungen zu untersuchen.

Die Ergebnisse der Pilotstudie zeigen, dass linguistische KI ambivalente Auswirkungen auf die Beziehungen zwischen Sprachgemeinschaften innerhalb der Bundesverwaltung hat. Einerseits erleichtern Tools für maschinelle Übersetzung und computergestütztes Dolmetschen den Gebrauch von Minderheitensprachen im Rahmen der informellen Kommunikation unter Kolleginnen und Kollegen. Mitarbeitende, die aus sprachlichen Minderheiten stammen, sind nun nicht mehr gezwungen, Deutsch zu sprechen oder zu schreiben, und können leichter in ihrer eigenen Sprache arbeiten, mit der Gewissheit, von den Empfängerinnen und Empfängern verstanden zu werden. Andererseits macht die Pilotstudie technologisch-sprachliche Asymmetrien deutlich, die mit den Trainingsmodellen der linguistischen KI-Technologien zusammenhängen. Deren Leistung variiert je nach Datenverfügbarkeit: Die sogenannten «ressourcenreichen» Sprachen profitieren von robusteren und präziseren Modellen. Während die untersuchten Systeme für die deutsche Sprache insgesamt gute Ergebnisse liefern und in geringerem Masse auch für die französische Sprache, ist die Qualität der Übersetzungen in die italienische Sprache weiterhin sehr schwankend, und die Fähigkeiten zur Verarbeitung des Rätoromanischen sind nach wie vor sehr begrenzt. Hinzu kommt, dass die derzeitigen Tools daran scheitern, regionale und kulturelle Besonderheiten wiederzugeben. Da die KI-Systeme auf Modellen basieren, die überwiegend anhand externer linguistischer Standards trainiert wurden – dem Deutsch aus Deutschland, dem Französisch aus Frankreich oder dem Italienisch aus Italien – ignorieren sie die spezifischen Nuancen der Deutschschweiz, der Romandie und der italienischen Schweiz und erzwingen damit eine Standardisierung der Sprache. Die von der KI in der schriftlichen Kommunikation geschaffene Illusion eines gemeinsamen Verständnisses

kann daher bestehende Schwächen beim Erfassen der für jede Sprachgemeinschaft spezifischen impliziten Bedeutungen und Referenzen verschleiern, besonders bei der mündlichen Kommunikation. So kann die sprachliche KI zwar zu einer besseren Sichtbarkeit von Minderheitensprachen in der internen Kommunikation beitragen, garantiert jedoch kein vertieftes interkulturelles Verständnis zwischen den Sprachgemeinschaften.

Die Pilotstudie zeigt eine Neugestaltung der im Arbeitsalltag genutzten Sprachkompetenzen auf. Die generelle Nutzung von KI geht mit einer allmählichen Verlagerung von aktiven Sprachkompetenzen hin zu eher passiven Kompetenzen einher, die sich auf das Verstehen, Überprüfen und Post-Editing von Inhalten konzentrieren. Zwar kann diese Entwicklung Steigerungen der Produktivität bewirken, doch birgt sie auch das Risiko eines Rebound-Effekts, insbesondere in Form eines Anstiegs des Volumens der produzierten und bearbeiteten Texte, was mitunter zu Lasten der Qualität geht («AI-Workslop»). Die linguistische KI bringt somit eine häufig unsichtbare Arbeit der Kontrolle und Qualitätssicherung von maschinell generierten Inhalten mit sich. Diese Belastung konzentriert sich tendenziell auf Mitarbeitende mit soliden Sprachkenntnissen, die häufiger hinzugezogen werden, um Fehler oder Unklarheiten zu vermeiden. Gleichzeitig wird in der Analyse vor der Gefahr eines allmählichen Verlernens der Sprachen gewarnt. Dieses Phänomen scheint besonders bei jüngeren Mitarbeitenden ausgeprägt, deren digitale Kompetenz eine verstärkte Abhängigkeit von sprachlichen KI-Tools begünstigt. Umgekehrt können erfahrene Mitarbeitende, die oft über umfangreiche Sprachkenntnisse verfügen, jedoch manchmal weniger sicher im Umgang mit neuen Technologien sind, in stark digitalisierten Arbeitsumgebungen ein Gefühl der Degradierung oder des Verlusts von Orientierungspunkten empfinden. Die Studie beleuchtet damit eine mögliche neue Kluft zwischen den Generationen im Umgang mit Sprache und linguistischer Technologie, die zu einer Verschiebung des internen Gleichgewichts innerhalb der Teams führen kann. Diese Dynamiken sind jedoch weder einheitlich noch zwangsläufig. Je nach Art der Nutzung kann die linguistische KI das Erlernen von Sprachen unterstützen oder aber im Gegenteil zu einer dauerhaften Auslagerung der sprachlichen Bemühungen auf die Technologie führen. Letztendlich hängt die Sprachkultur der Teams nach wie vor stark von der Sensibilität des mittleren Kaders für diese Herausforderungen ab.

Aus Sicht der Mechanismen zur Förderung der Mehrsprachigkeit innerhalb der Bundesverwaltung wirkt die KI als Faktor, der zu Verschiebungen bestehender Gleichgewichte führt, wobei die mittel- und langfristigen Auswirkungen weitgehend von den gewählten strategischen Ausrichtungen abhängen werden. Einerseits kann die generelle Nutzung von Tools für maschinelle Übersetzung und computergestütztes Dolmetschen bestimmte sprachliche Barrieren beim Zugang zur Verwaltung abbauen. Indem sie den Mitarbeitenden ermöglicht, leichter in ihrer eigenen Sprache zu arbeiten und dennoch von ihren Gesprächspartnerinnen und -partnern verstanden zu werden, dürfte die KI den Pool der Bewerberinnen und Bewerber mit französisch- oder italienischsprachigem Hintergrund

erweitern, insbesondere für Funktionen, bei denen bisher hohe Anforderungen an die deutschen Sprachkenntnisse ein Hindernis darstellten. Diese Technologien können somit die Attraktivität der Bundesverwaltung für Kandidatinnen und Kandidaten aus sprachlichen Minderheiten steigern und in bestimmten Bereichen mit Personalengpässen die Integration hochqualifizierter, aber nicht deutschsprachiger internationaler Profile erleichtern. Andererseits kann dieselbe Logik den Anreiz für Institutionen schwächen, eine aktive sprachliche Mischung innerhalb der Teams aufrechtzuerhalten. Denn die Studie zeigt, dass KI eine weitgehend einsprachige Arbeitsweise der Verwaltungseinheiten technisch ermöglicht. Diese Entwicklung könnte langfristig dazu führen, dass menschlichen Sprachkompetenzen bei Einstellungs- und Beförderungentscheidungen weniger Gewicht beigemessen wird. Daraus ergibt sich die Gefahr einer Verlagerung hin zu einer «funktionalen» Mehrsprachigkeit, wobei die Sprache in erster Linie als Instrument zur Informationsvermittlung und losgelöst von ihrer kulturellen Dimension betrachtet wird. In diesem Zusammenhang hängen die Auswirkungen der linguistischen KI eng von den institutionellen Entscheidungen ab, die ihre Nutzung regeln. In Ermangelung expliziter Mechanismen, die KI mit der Mehrsprachigkeitspolitik verbinden, könnte die verbesserte Zugänglichkeit paradoxerweise zu einer fortschreitenden Marginalisierung von Minderheitensprachen beitragen.

Schliesslich zeigt die Pilotstudie, dass der Einsatz linguistischer KI bestehende rechtliche Rahmenbedingungen sowohl im Bereich der Mehrsprachigkeit als auch im Bereich des digitalen Wandels in Frage stellt. Der Referenzrahmen für die Förderung der Mehrsprachigkeit in der Bundesverwaltung basiert auf der menschlichen Beherrschung der Landessprachen. Diese Prinzipien stammen noch aus einer Zeit vor dem Aufkommen der KI und prägen nach wie vor formal die Verfahren zur Einstellung, Beurteilung und Beförderung des Bundespersonals. Die Analyse macht jedoch deutlich, dass eine zunehmende Diskrepanz zwischen diesen formalen Anforderungen und den tatsächlichen Arbeitspraktiken besteht, die mittlerweile weitgehend durch linguistische KI unterstützt werden. Wo die Beherrschung der Landessprachen bisher eine zentrale Voraussetzung für die Zusammenarbeit und eine Grundlage für vielsprachige berufliche Interaktionen darstellte, ermöglicht es die KI heute, das Fehlen aktiver Sprachkompetenzen teilweise auszugleichen. So wird es möglich, funktional zu arbeiten, ohne eine gemeinsame Sprache unmittelbar zu teilen. Auch wenn diese Entwicklung den Fluss und die Effizienz der Kommunikation verbessern kann, insbesondere im Sinne einer «einfachen Sprache», birgt sie doch auch das Risiko, dass die Beherrschung der Landessprachen nach und nach eher als kompensierbare Variable denn als tragende Säule der Verwaltungsarbeit wahrgenommen wird. Vor dem Hintergrund zunehmenden Drucks auf das Budget zeigt sich in der vorliegenden Studie somit eine nach wie vor begrenzte Verknüpfung zwischen den Rahmenbedingungen des digitalen Wandels, die hauptsächlich auf Effizienz und Prozessoptimierung ausgerichtet sind, und den sprachlichen Zielen des Bundes. Doch hinter der Mehrsprachigkeit des Bundes steht eine zentrale politische und symbolische Investition zur Gewährleistung des nationalen Zusammenhalts. Vor diesem Hintergrund besteht die

Herausforderung darin, das Tandem KI/Mehrsprachigkeit besser zu koordinieren, damit die technologischen Entscheidungen weiterhin im Einklang mit den institutionellen Zielen der Vertretung und des Schutzes der Sprachgemeinschaften stehen.

8. Empfehlungen

Auf der Grundlage dieser Feststellungen kommt die Pilotstudie zu folgenden Empfehlungen.

1. Festlegung eines Rahmens für die Interaktion zwischen KI, sprachlichen Anforderungen und Recht

Die rechtlichen Rahmenbedingungen für den digitalen Wandel und diejenigen zur Regelung der Mehrsprachigkeit des Bundes entwickeln sich weitgehend parallel, ohne dass zwischen ihnen eine explizite Verknüpfung besteht. Auch wenn die formalen sprachlichen Anforderungen unverändert bleiben, verändert die zunehmende Nutzung linguistischer KI die Bedingungen, unter denen diese Anforderungen gelten. Es wird daher empfohlen:

- bereichsübergreifend darüber nachzudenken, wie die Mehrsprachigkeitspolitik mit den aktuellen und zukünftigen Nutzungen linguistischer KI innerhalb der Bundesverwaltung explizit verknüpft werden kann;
- die sprachlichen Herausforderungen systematisch in die Strategien, Leitlinien und Massnahmen der Steuerung von KI und digitalem Wandel zu integrieren;
- dafür zu sorgen, dass die durch linguistische KI ausgelösten Veränderungen nicht zu einer Neudefinition der sprachlichen Anforderungen führen, ohne dass eine explizit formulierte strategische Ausrichtung vorliegt.

2. Gewährleistung einer ausgewogenen sprachlichen Abdeckung der KI-Tools innerhalb der Bundesverwaltung

Die von der Bundesverwaltung genutzten linguistischen KI-Tools weisen je nach Landessprache unterschiedliche Leistungsniveaus auf, was auf die Trainingsmodelle und die unausgewogene Verfügbarkeit von Daten in den verschiedenen Sprachen zurückzuführen ist. Diese Diskrepanzen können die vielsprachige Kommunikation innerhalb der Teams beeinflussen und sich konkret auf die Gleichbehandlung der Sprachgemeinschaften auswirken. Es wird daher empfohlen:

- dafür zu sorgen, dass bei der Beschaffung und Validierung von linguistischen KI-Tools ausdrücklich Kriterien hinsichtlich Qualität, einer ausgewogenen Abdeckung der

Landessprachen und der Berücksichtigung ihrer regionalen Besonderheiten beachtet werden;

- regelmässig die Leistungsfähigkeit der KI-Tools in jeder Landessprache, insbesondere in den Minderheitensprachen, zu bewerten.

3. Verstärkte sprachliche und kulturelle Sensibilisierung des mittleren Kaders

Die Auswirkungen der linguistischen KI hängen eng mit den spezifischen Zielen und Praktiken jeder einzelnen Einheit sowie mit der Sensibilität des mittleren Kaders im Hinblick auf Mehrsprachigkeit zusammen. In einem Arbeitsumfeld, in dem KI zum Einsatz kommt, beruht die Wertschätzung der Mehrsprachigkeit nicht nur auf der formalen Beherrschung der Sprachen, sondern auch auf der Fähigkeit der Führungskräfte, Arbeitsumgebungen zu schaffen, in denen über die kommunikative Funktion der Sprachen hinaus auch deren kulturelle und symbolische Dimensionen berücksichtigt werden. Es wird daher empfohlen:

- beim Bundespersonal weiterhin die aktive Beherrschung der Landessprachen zu fördern und einen Beitrag zur Förderung der Mehrsprachigkeit als Schlüsselkompetenzen des Managements zu leisten;
- die sprachliche und kulturelle Immersion des mittleren Kaders zu verstärken;
- Managementpraktiken zu unterstützen, bei denen die sprachliche und kulturelle Vielfalt der Teams gewürdigt wird.

4. Sicherstellung einer regelmässigen Aktualisierung der Analyse der Auswirkungen linguistischer KI auf die Mehrsprachigkeit in der Bundesverwaltung

Die vorliegende Pilotstudie beleuchtet aufkommende Dynamiken, deren Auswirkungen sich angesichts der aktuellen technologischen Fortschritte wahrscheinlich rasch weiterentwickeln werden. Die heute beobachteten organisatorischen, institutionellen und normativen Auswirkungen der linguistischen KI auf die Mehrsprachigkeit könnten sich somit kurz- und mittelfristig verändern. Es wird daher empfohlen:

- in zwei Jahren eine Aktualisierung dieser Studie zu planen, die insbesondere die Fortsetzung der Fokusgruppen-Gespräche sowie eine Neubewertung der beobachteten Nutzungen und Auswirkungen umfasst.

5. Einordnung der Überlegungen zu linguistischer KI und Mehrsprachigkeit in einen breiteren gesellschaftlichen Kontext

Die innerhalb der Bundesverwaltung beobachteten Dynamiken sind Teil eines umfassenderen Wandels der Sprachpraktiken in der Schweizer Gesellschaft. Der zunehmende Einsatz linguistischer KI-Tools durch öffentliche Institutionen, aber auch durch Unternehmen und Privatpersonen wird sich wahrscheinlich auf die Beziehung zu den Landessprachen und die Bereitschaft zu deren Erlernen auswirken. In der Schweizer Gesellschaft können diese Entwicklungen längerfristige Auswirkungen auf den nationalen Zusammenhalt und das interkulturelle Verständnis haben. Es wird daher empfohlen:

- die Durchführung einer umfassenderen Studie zu den gesellschaftlichen Auswirkungen linguistischer KI auf die Mehrsprachigkeit in der Schweiz zu erwägen, und zwar in einem breiteren Rahmen als dem vorliegenden Auftrag.

Literatur

- Bezes, Philippe, and Christine Musselin. 2015. 'Le New Public Management'. *Une 'French Touch' dans l'analyse des politiques publiques?:* 128–51.
- Cabrera, Luis. 2024. 'Babel Fish Democracy? Prospects for Addressing Democratic Language Barriers through Machine Translation and Interpretation'. *American Journal of Political Science* 68(2): 767–82. doi:10.1111/ajps.12728.
- Kobelt, Emilienne. 2015. 'Enjeux Du Plurilinguisme à l'administration Fédérale: La Représentativité à l'épreuve de l'efficacité'. PhD Thesis. Université de Lausanne, Faculté des sciences sociales et politiques.
https://serval.unil.ch/resource/serval:BIB_CF253A9643B0.P001/REF.pdf (November 17, 2025).
- Kübler, Daniel, Emilienne Kobelt, and Roman Zwicky. 2020. 149 *Les Langues Du Pouvoir: Le Plurilinguisme Dans l'administration Fédérale*. Presses polytechniques et universitaires romandes. <https://www.zora.uzh.ch/id/eprint/195352/> (November 17, 2025).
- Mayring, Philipp. 2014. 'Qualitative Content Analysis: Theoretical Foundation, Basic Procedures and Software Solution'.
https://www.ssoar.info/ssoar/bitstream/handle/document/39517/ssoar-2014-mayring-Qualitative_content_analysis_theoretical_foundation.pdf (November 18, 2025).
- Scott, W. Richard. 2013. *Institutions and Organizations: Ideas, Interests, and Identities*. Sage publications.
[https://books.google.com/books?hl=fr&lr=&id=NbQgAQAAQBAJ&oi=fnd&pg=PP1&dq=+Scott,+Richard+W.+\(2014\).+Institutions+and+organizations+:+ideas,+interests+and+identities.+Sag&ots=hHUafJkfZx&sig=pSvx-rpitXIDELv-xBtMTHX69aY](https://books.google.com/books?hl=fr&lr=&id=NbQgAQAAQBAJ&oi=fnd&pg=PP1&dq=+Scott,+Richard+W.+(2014).+Institutions+and+organizations+:+ideas,+interests+and+identities.+Sag&ots=hHUafJkfZx&sig=pSvx-rpitXIDELv-xBtMTHX69aY) (November 17, 2025).
- Straub, Vincent J., Youmna Hashem, Jonathan Bright, Satyam Bhagwanani, Deborah Morgan, John Francis, Saba Esnaashari, and Helen Margetts. 2024. 'AI for Bureaucratic Productivity: Measuring the Potential of AI to Help Automate 143 Million UK Government Transactions'. doi:10.48550/arXiv.2403.14712.

Webliographie

24 heures. 2025. Pour l'instant, l'IA suisse Apertus ne convainc pas. Online: <https://www.24heures.ch/apertus-l-ia-suisse-ne-convainc-pas-pour-l-instant-860916882188> [Abgerufen am 28.11.2025].

ASTTI. 2024. Diskussionspapier ASTTI zur Bedeutung künstlicher Intelligenz für Sprachdienstleistende. Online: https://astti.ch/wp-content/uploads/2024/11/Diskussionspapier-ASTTI-zur-Bedeutung-von-KI-fur-Sprachdienstleistende_equivalences_de.pdf [Abgerufen am 18.11.2025].

BOSA. 2025. Charte pour l'utilisation responsable de l'intelligence artificielle dans les services publics. Online: <https://bosa.belgium.be/fr/publications/charte-pour-lutilisation-responsable-de-lintelligence-artificielle-dans-les-services> [Abgerufen am 18.11.2025].

Bundeskanzlei. 2024. Merkblatt DeepL Pro Translate und DeepL Write. Online: <https://cnaai.swiss/wp-content/uploads/2024/06/Merkblatt-DeepL-V2-DE.pdf> [Abgerufen am 18.11.2025].

Bundeskanzlei. 2025. L'intelligence artificielle au service de la traduction : perspectives d'avenir. Rapport des résultats des sondages 2024. Internes, nicht publiziertes Dokument [Abgerufen am 18.11.2025].

Commissariat aux langues officielles. n.d. Plaintes et enquêtes. Online: <https://www.clo-ocol.gc.ca/fr/plaintes-enquetes/avant-porter-plainte> [Abgerufen am 25.11.2025].

Commissariat aux langues officielles. 2024. Lettre du commissaire à la présidente du Conseil du Trésor au sujet de la Stratégie en matière d'intelligence artificielle pour la fonction publique fédérale. Online: <https://www.clo-ocol.gc.ca/fr/salle-nouvelles/2025-03-05/lettre-du-commissaire-presidente-du-conseil-du-tresor-au-sujet-strategie-en-matiere-dintelligence-artificielle-pour-fonction-publique-federale> [Abgerufen am 18.11.2025]

Europäische Kommission. n.d. AI-based multilingual services – using EU language data to innovate. Online: https://translation.ec.europa.eu/language-data-and-ai-using-ai-break-down-language-barriers/ai-based-multilingual-services-using-eu-language-data-innovate_en?prefLang=de [Abgerufen am 19.11.2025].

Europäische Kommission. 2020. Weissbuch zur künstlichen Intelligenz – ein europäisches Konzept für Exzellenz und Vertrauen. Online: <https://op.europa.eu/de/publication-detail/-/publication/ac957f13-53c6-11ea-aece-01aa75ed71a1> [Abgerufen am 18.11.2025].

Europäische Kommission. 2024. KI-Verordnung. Online: https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=OJ%3AL_202401689 [Abgerufen am 24.11.2025].

Europäischer Ausschuss der Regionen. n.d. eTranslation Das zuverlässige Online-Übersetzungssystem der EU. Online: <https://cor.europa.eu/de/etranslation> [Abgerufen am 18.11.2025].

Europäisches Forum für Mehrsprachigkeit. Le multilinguisme est bon pour le cerveau. Online: <https://www.observatoireplurilinguisme.eu/dossiers-thematiques/education-et-recherche/88888982-acquisition-des-langues/2653-le-multilinguisme-est-bon-pour-le-cerveau-etude-internationale> [Abgerufen am 27.11.2025].

Europäisches Parlament. 2017. Gleichstellung von Sprachen im digitalen Zeitalter. Online https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-8-2018-0332_DE.html [Abgerufen am 28.11.2025].

Europäisches Parlament. 2022. The European Union's approach to multilingualism in its own communications policy. Online: [https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/STUD/2022/699648/IPOL_STU\(2022\)699648_EN.pdf](https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/STUD/2022/699648/IPOL_STU(2022)699648_EN.pdf) [Abgerufen am 18.11.2025].

Europäisches Parlament. 2025. Bericht über die technologische Souveränität Europas und die digitale Infrastruktur Online: https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/A-10-2025-0107_DE.html [Abgerufen am 28.11.2025].

Forbes. 2024. How Generative AI And LLMs Are Reinventing Our Vocabulary Such That We Might Lose Our Grasp On Human Languages. Online: <https://www.forbes.com/sites/lanceeliot/2024/12/29/how-generative-ai-and-llms-are-reinventing-our-vocabulary-such-that-we-might-lose-our-grasp-on-human-languages/> [Abgerufen am 13.11.2025].

Forbes. 2025. Why AI 'Workslop' Kills Productivity—And How To Prevent It. Online: <https://www.forbes.com/sites/carolinecastrillon/2025/10/02/ai-workslop-could-be-the-biggest-threat-to-productivity/> [Abgerufen am 19.11.2025].

Kanadische Regierung. 2020. Comment expliquer l'harmonie linguistique de la Suisse? Online: https://www.international.gc.ca/country_news-pays_nouvelles/2020-11-03-germany-allemande.aspx?lang=fra [Abgerufen am 27.11.2025].

Kanadische Regierung. 2025. Directive sur les langues officielles pour la gestion des personnes. Online: <https://www.tbs-sct.canada.ca/pol/doc-fra.aspx?id=26168> [Abgerufen am 20.11.2025].

Luxemburger Regierung. 2025. L’initiative AI4Gov Online: https://gouvernement.lu/fr/dossiers.gouv2024_mindigital+fr+dossiers+2021+AI4Gov.html [Abgerufen am 19.12.2025].

NZZ. 2025. 12 von 19 Kantonen wollen Frühfranzösisch abschaffen. Online: <https://www.nzz.ch/schweiz/12-von-19-kantonen-wollen-fruehfranzoesisch-abschaffen-ld.1887061> [Abgerufen am 22.12.2025].

OECD. 2024. Artificial intelligence and the changing demand for skills in Canada. Online: https://www.oecd.org/content/dam/oecd/en/publications/reports/2024/05/artificial-intelligence-and-the-changing-demand-for-skills-in-canada_fbcc665c/1b20cdb6-en.pdf [Abgerufen am 25.11.2025].

OECD. 2025. Governing with Artificial Intelligence. Online: https://www.oecd.org/en/publications/governing-with-artificial-intelligence_795de142-en.html [Abgerufen am 18.11.2025].

Public First. 2024. AI & the Public Sector. Online: https://opensourceai.publicfirst.co.uk/content/Meta_The_Future_of_Public_Services.pdf [Abgerufen am 19.11.2025].

Radio Canada. 2024. IA au Bureau de la traduction : le commissaire aux langues officielles met en garde Ottawa. Online: <https://ici.radio-canada.ca/nouvelle/2069380/intelligence-artificielle-traduction-langues-officielles-ottawa> [Abgerufen am 19.11.2025].

Roland Berger. 2025 The public sector in the age of Gen AI. Online: <https://www.rolandberger.com/en/Insights/Publications/The-public-sector-in-the-age-of-Gen-AI.html> [Abgerufen am 18.11.2025].

Schweizerische Eidgenossenschaft. 2020. Leitlinien «Künstliche Intelligenz» für den Bund. Online: [https://www.sbf.admin.ch/dam/de/sd-web/-uy97trD1VMc/Leitlinien%2520K%C3%BCnstliche%2520Intelligenz%2520-%2520DE\[1\].pdf](https://www.sbf.admin.ch/dam/de/sd-web/-uy97trD1VMc/Leitlinien%2520K%C3%BCnstliche%2520Intelligenz%2520-%2520DE[1].pdf) [Abgerufen am 28.11.2025].

Schweizerische Eidgenossenschaft. 2023. Evaluationsbericht 2019–2023 zur Mehrsprachigkeitspolitik und strategische Ziele 2024–2027 des Bundesrates. Online: <https://www.plurilingua.admin.ch/de/evaluation-monitoring-und-koordination> [Abgerufen am 25.11.2025].

Schweizerische Eidgenossenschaft. 2024. Aufgaben- und Subventionsüberprüfung: Bundesrat begrüsst Bericht der Expertengruppe. Online: <https://www.news.admin.ch/de/nsb?id=102357> [Abgerufen am 28.11.2025].

Schweizerische Eidgenossenschaft. 2025. Bund plant gezielte Massnahmen für den Einsatz von KI in der Bundesverwaltung und stärkt Koordination. Online: <https://www.news.admin.ch/de/newnsb/nTc28qni5hdpzQ0tH6RGa> [Abgerufen am 20.12.2025].

Schweizerische Eidgenossenschaft. 2024. Bundeskanzlei beschafft das maschinelle Übersetzungssystem DeepL Pro für die Bundesverwaltung. Online: <https://www.news.admin.ch/de/nsb?id=99327> [Abgerufen am 28.11.2025].

Schweizerische Eidgenossenschaft. 2025. Empfehlungen Schutz vor algorithmischer Diskriminierung. Online: https://www.ekr.admin.ch/pdf/D_Empfehlungen_Schutz_vor_algorithmischer_Diskriminierung.pdf [Abgerufen am 19.12.2025].

Schweizerische Eidgenossenschaft. 2025. Leitlinien für die digitale Souveränität in der Bundesverwaltung. Online: https://www.news.admin.ch/de/newnsb/JxuzVHVIGShum_f1h_WDu [Abgerufen am 22.12.2025].

Schweizerische Eidgenossenschaft. 2025. Rechtsgutachten Schutz vor algorithmischer Diskriminierung. Online: https://www.ekr.admin.ch/pdf/D_Gutachten_Schutz_vor_algorithmischer_Diskriminierung.pdf [Abgerufen am 19.12.2025].

Schweizerische Eidgenossenschaft. 2025. Strategie Einsatz von KI-Systemen in der Bundesverwaltung. Online: <https://www.bk.admin.ch/bk/de/home/digitale-transformation-ikt-lenkung/vorgaben/sb021-strategie-einsatz-von-ki-systemen-in-der-bundesverwaltung.html> [Abgerufen am 18.11.2025].

The Conversation. 2025. What AI earbuds can't replace: The value of learning another language. Online: <https://theconversation.com/what-ai-earbuds-cant-replace-the-value-of-learning-another-language-264965> [Abgerufen am 27.11.2025].

The Conversation. 2025. Vocabulaire et diversité linguistique : comment l'IA appauvrit le langage. Online: <https://theconversation.com/vocabulaire-et-diversite-linguistique-comment-lia-appauvrit-le-langage-252944/> [Abgerufen am 27.11.2025].

Translata. 2024. The Cultural Nuances AI Can't Capture: Why Human Translators Are Irreplaceable. Online: <https://www.translata.eu/blog/the-cultural-nuances-ai-cant-capture-why-human-translators-are-irreplaceable#:~:text=Language%20is%20deeply%20rooted%20in,understanding%20that%20human%20translators%20possess> [Abgerufen am 27.11.2025].

Unleash. 2025. Is AI causing a decline in cognitive and creative skills? Online: <https://www.unleash.ai/artificial-intelligence/is-ai-causing-a-decline-in-cognitive-and-creative-skills/> [Abgerufen am 24.11.2025].

Vereinte Nationen. 2024. Cadre stratégique des Nations Unies sur le multilinguisme. Online: https://www.un.org/dgacm/sites/www.un.org.dgacm/files/french_un_strategic_framework_on_multilingualism_web.pdf [Abgerufen am 18.11.2025].

Vereinte Nationen. 2024. Inter-Agency Working Group on Artificial Intelligence. Online: <https://unsceb.org/sites/default/files/2021-07/IAWG-AI%20ToR.pdf> [Abgerufen am 24.11.2025].

Vereinte Nationen. 2024. United Nations White Paper AI Governance. Online: <https://unsceb.org/united-nations-system-white-paper-ai-governance> [Abgerufen am 24.11.2025].

Vereinte Nationen. 2025. Mind your language: The battle for linguistic diversity in AI. Online: <https://news.un.org/en/story/2025/03/1161406> [Abgerufen am 20.11.2025].